

Bezugspreis:

Vom 1.-8. September 1 Million Wort... Ausgabe A Nr. 205

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 4. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Aufmarsch von rechts.

Die Deutschnationalen gegen Stresemann.

Die Presse der Rechten ist mit der Stuttgarter Rede des Reichskanzlers äußerst unzufrieden.

Dr. Stresemann ist bereit, mit Frankreich zu verhandeln. Er will produktive Pfänder gewähren...

Rechtliche Töne schlägt die „Deutsche Zeitung“ an, die von einer „oratorischen Kapitulation“ des Reichskanzlers spricht.

Die Presse der Rechten selber sieht keinen Ausweg aus der Situation als den Krieg gegen Frankreich...

Das ist die sogenannte Politik der sogenannten „nationalen“ Opposition, und diesen Phrasen läuft ein stumpfsinniges Spießbürgertum nach!

Die „Kreuzzeitung“ zeigt sich sehr besorgt darum, ob die Politik der deutschen Regierung die Zustimmung Englands finden wird...

sichen Mittelparteien zu ihm befehrt haben und eine Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage ihn sich zu eigen gemacht hat...

Englands „Kapitulation“.

Der neueste Aufsatz Lord Georges, der für Deutschland in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wird...

Der frühere englische Ministerpräsident setzt dann im einzelnen auseinander, wie egoistisch die Vorschläge Frankreichs seien...

Die französische Regierung hat ihre Bedingungen mit solcher Genauigkeit und einem solchen Nachdruck verkündet und sie mit einer solchen unwandelbaren Hartnäckigkeit immer wiederholt...

Es entbehrt nicht eines gewissen weltgeschichtlichen Reizes, daß man nicht nur im besiegten Deutschland, sondern auch in dem siegreichen England von einer drohenden Kapitulation der eigenen Regierung vor Frankreich spricht.

Sonderbündler und Arbeiter.

Udernach, 3. September. (M.B.) Hier fand am 29. August eine Versammlung der vier sonderbündlerischen Gruppen aller Rheinländer zwecks Besprechung „rheinischer Fragen“ statt.

Das Hoch auf den freien Rheinstaat, mit dem der Versammlungsleiter sein Schlusswort beendete, wurde von den anwesenden Arbeitern mit einem Hoch auf die deutsche Republik beantwortet.

Kohle für Italien.

Kastlinghausen, 3. September. (M.B.) An die Belegschaft der Zeche Schlägel und Eisen I und II war das Ansuchen gestellt worden, Wiederherstellungskohle für Italien zu fördern.

Um die Volksernährung.

Die Lebensmittelversorgung aus der Inlandserte.

Von H. Grzesinski.

Die neue Reichsregierung ist auf währungspolitischem Gebiet mit Maßregeln vorangegangen, die nach den Erfahrungen der letzten Tage noch energischer werden müssen...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß trotz aller Ermahnungen in der Abgabe landwirtschaftlicher Produkte durch die deutsche Landwirtschaft eine Stodung eingetreten ist.

Sicher ist, daß ebenso wie in anderen Kreisen, es auch in der Landwirtschaft Elemente gibt, die in der Hoffnung auf größeren Gewinn ihre Produkte zurückhalten.

Der auf den Verkauf seiner Produkte eingestellte Landwirt hat aber im Grunde kaum Ursache, seine verkaufsfähigen Produkte zurückzuhalten, wenn er einen angemessenen Gewinn erzielt.

Während des Krieges und nach dem Kriege hat der Bauer seinen Verkaufserlös zunächst aufgespeichert. Als der Marktwert sank, hat er dann, wenn er landwirtschaftliche Produktionsmittel nicht oder nicht gleich benötigte...

Vom objektiven volkswirtschaftlichen Standpunkt ist dieses Tauschverlangen des Landwirts nicht einmal zu verwerfen. Es besteht ein Allgemeininteresse, daß der Landwirt für sein verkauftes Vieh Jungvieh oder besseres Zuchtvieh einstellt.

Bei so gewaltigen Marktsürzen, wie sie seit Anfang dieses Jahres erlebt wurden, wird der Landwirt zur Ergänzung und Verbesserung seiner Wirtschaft nur in der Lage sein, wenn er den Verkaufserlös für seine Produkte unmittelbar zur Beschaffung seines Bedarfs verwenden kann. Das ist ihm beim Tausch am leichtesten möglich, jedoch nicht überall angängig. So wird er nicht verkaufen, sondern „zurückhalten“, oder erst dann verkaufen, wenn er für seinen Betrieb sofort zweckmäßig einkaufen kann. Wir ist ein Fall bekannt, der nicht selten sein dürfte, daß ein großer Landwirt den Erlös für eine bestimmte Menge Roggen zur Beschaffung von Düngemitteln verwenden wollte und nach der Preislage auch konnte. Er verkaufte den Roggen für 155 Millionen Mark, konnte den Dünger aber erst von einer Woche später ab nach und nach erhalten. Die erste Sendung kostete 180 Millionen Mark, die zweite 350 Millionen Mark, die dritte 1050 Millionen Mark. Daß so sein Betrieb aufrechtzuerhalten ist und selbst bei allergrößten Gewinnen die landwirtschaftliche Produktion zum Schaden des Ganzen schwer leiden muß, kann nicht bestritten werden. Der Landwirt, der seine Produkte nur einmal im Jahre erzeugt, und nur einmal abgeben kann, muß darauf bedacht sein, daß er mit dem Verkaufserlös seinen Betrieb aufrechterhalten und weiter entwickeln kann. Alle Ermahnungen, die an ihn gerichtet werden, seine Ware abzuliefern, und alle Zwangsmaßnahmen, die gegen ihn etwa ergriffen werden sollten, werden ihn bei den heutigen Geldverhältnissen nur dann veranlassen, seine Produkte auf den Markt zu bringen, wenn er die Möglichkeit hat, seinen Verkaufserlös unmittelbar zu verwenden. Darauf haben auch die Vertreter des Reichslandbundes, als sie vor einiger Zeit beim Reichsanwalt waren, hingewiesen.

Wenn die Lebensmittel, die die deutsche Landwirtschaft erzeugt, für den Konsum schnell mobil gemacht werden sollen, dann müssen die zuständigen Ressorts auf die werbeständige Anlage des Verkaufserlöses ihr besonderes Augenmerk lenken. Das scheint nicht schwer, denn in der jetzt aufgelegten deutschen Volksanleihe (Goldanleihe) ist eine solche Anlagemöglichkeit, die dem Verlangen und dem Bedürfnis der Landwirtschaft entspricht, geschaffen. Allerdings ist nicht sicher, ob der Landwirt die sich ihm hier eröffnende Möglichkeit klar und frühzeitig genug erkennt. Der Bauer ist gegenüber Neuerungen mißtrauisch, und besonders in Geldsachen. In Verbindung mit den landwirtschaftlichen Organisationen sollte deshalb von den zuständigen Ressorts der Reichsregierung und der Regierung der Länder eine großzügige Aufklärungsaktion unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung unternommen werden, die dem Landwirt zum Bewußtsein bringt, daß er bei Benutzung der Goldanleihe seine verkaufserlöse Produkte wie vor dem Kriege hinfort ruhig abgeben kann, ohne befürchten zu müssen, daß sein Verkaufserlös entwertet. Dabei könnte zugleich darauf hingewiesen werden, daß dem Landwirt dadurch ein weiterer Vorteil erwächst, daß er in bezug auf die Termine für die Neubeschaffung und Ergänzung seiner Produktionsmittel unabhängiger wird, was preislenkend und dadurch wieder gemeinnützig wirken kann. Eine solche Propaganda (Zeitungs-, Flugblatt-, Versammlungspropaganda) müßte Erfolg haben, wenn sie richtig angefaßt wird. Und der Erfolg wäre selbst großen Einsparungen wert. Dadurch, daß der größtmögliche Teil der inländischen Lebensmittelproduktion frühzeitig und laufend auf den Markt kommt, würden für den Winter nicht nur schwere Ernährungsfragen behoben werden, sondern es würde auch eine große innerpolitische Unruhequelle verstopft.

Auf noch eine weitere Gefahrenquelle für unsere Lebensmittelversorgung sei aufmerksam gemacht. Infolge der Witterungsverhältnisse sind in diesem Jahre nicht nur Frühkartoffel- und Getreideernte zusammengefallen, es wird höchstwahrscheinlich auch die Hackfrüchtereite und der Getreidedruck zusammenfallen. Die durch diese Arbeitshäufung an fast jeden Landwirt heranreitende große Aufgabe steht bei ihm ein so erhebliches Dispositionsvermögen, unter anderem auch in bezug auf die Einteilung der vorhandenen knappen Arbeits- und maschinellen Kräfte voraus, das vielfach von ihm nicht erwartet werden kann. Die zuständigen

Ministerien, Landwirtschaftskammern, landwirtschaftlichen Organisationen sind verpflichtet, in ihrem Bezirk frühzeitig entsprechende Feststellungen zu treffen und den Landwirten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. An die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise werden zur schnellen Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Die Arbeiterorganisationen werden sich bereitfinden müssen, ihre Arbeitslosen, soweit sie dazu irgendwie geeignet sind, auf die Notwendigkeit der Übernahme landwirtschaftlicher Arbeiten hinzuweisen.

Zur Ernte gehört auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Kohlen. Kohlen sind ein Haupterfordernis für den Getreidedruck. Das Reichsernährungs- und das Reichswirtschaftsministerium, aber auch das Reichseisenbahnministerium müssen mit ganz besonderem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß ihrer große und wichtige Aufgaben harren. Es darf nichts versäumt werden, um der Landwirtschaft die erforderlichen Kohlen frühzeitig zur Verfügung zu stellen.

Zum Schluß noch eins: Für die Leistung von Verrichtungen für die Landwirtschaft wird in neuerer Zeit vom Landwirt Bezahlung mit seinen Erzeugnissen verlangt. Die Deputate sind bei den Landarbeitern eingebürgerte Lohnzahlmethoden, und man wird auch nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Frauen, die beim Landwirt Kartoffeln buddeln oder Rüben ziehen, als Lohn eine bestimmte Menge Kartoffeln oder andere Produkte fordern und erhalten. Mit aller Entschiedenheit muß aber dem Unfug entgegengetreten werden, daß, wie das neuerdings geschieht, Dreschmaschinenbesitzer Getreide statt Geld als Bezahlung verlangen und davon ihre Arbeit abhängig machen. Das Getreide wird möglicherweise zu Spekulationszwecken verwendet und dadurch dem Verbrauch vorenthalten. Es wird zu prüfen sein, ob nicht das Fordern von Produkten als Zahlungsmittel ebenso unter Strafe zu stellen ist, wie nach der Valutaspekulationsverordnung das Fordern von ausländischen Zahlungsmitteln im Kleinhandel. Wie weit dieser Unfug auf dem Lande schon eingerissen ist, geht daraus hervor, daß auch schon Rechtsanwältin, Tierärzte, ja sogar Hebammen Bezahlung in Roggen oder anderen landwirtschaftlichen Produkten fordern. Ganz abgesehen davon, daß die darin liegende Begünstigung der Kreise, die zufällig geschäftlich mit der Landwirtschaft zu tun haben, nicht gerechtfertigt ist, liegt hierin auch eine gewisse Gefahr für die Volksernährung, der frühzeitig begegnet werden sollte.

Klarheit in Thüringen.

Eine Mundfrage der sozialdemokratischen Parteileitung.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Augenblicklich führen die Kommunisten auch in Thüringen eine schrankenlose Propaganda gegen die sozialdemokratische Regierung. Gleichzeitig erheben sie die sinnlose Forderung nach der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die thüringische Parteileitung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die zwiespältige, doppelzüngige Politik der kommunistischen Maulhelden in der Praxis zu erproben. Sie will Klarheit schaffen und fordert zu diesem Zweck alle Ortsvereine auf, in den nächsten Tagen zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

„Kann unsere Partei die Kommunisten noch als vertragsfähig betrachten? Kann mit dieser Partei noch über die Beilegung eines Konfliktes verhandelt werden, den diese in so trivialer Weise provoziert hat? Kann unsere Partei noch weitergehen, ohne die Interessen des Proletariats, die eng verknüpft sind mit der Selbständigkeit der Sozialdemokratie, preiszugeben?“

Die Fragen der Partei sind klar und eindeutig. Wir hoffen, daß die Antworten der Ortsvereine ebenso eindeutig sein werden. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist ein Zusammenarbeiten mit der kommunistischen Partei auf die Dauer unmöglich. Es gibt zwar einzelne Kommunisten, mit

denen man zuweilen vernünftig reden kann. Aber ihre Partei ist derart von äußeren Parolen abhängig und so auf die Aufpeitschung der niedrigsten Instinkte eingestellt, daß eine Art Arbeitsgemeinschaft mit ihnen nur zur Zerrüttung die Sozialdemokratie führen kann. Thüringen und Sachsen, wo man bisher das Experiment versucht hat, die SPD. zur Mitverantwortung für eine rein sozialistische, also eine Arbeiterregierung zu erziehen, zeigen, wie undurchführbar ein solcher Versuch ist.

Der beleidigte Hitler.

Er verklagt den „Vorwärts“.

München, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In einem Münchener Korrespondenzartikel des „Soz. Parlamentsdienst“, überschrieben: „Schwarzweißrot gegen weißblau“ war u. a. die Rede von den mit amerikanisch-jüdischen (Ford) und bolschewistischen Mitteln arbeitenden Hitler-Banden und weiterhin von Hitler selbst als einem „neuropathischen und politisch unreifen Schwächer“. Durch diese Ausdrücke fühlte sich Hitler derart gekränkt und in seiner Ehre verletzt, daß er eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Schiff, der den betreffenden Artikel veröffentlichte, anstregte. Die Verhandlung fand am Montag vor dem Schöffengericht in München statt.

Rechtsanwalt Saenger bestritt als Verteidiger für den ersten Teil der Klage die Altlegitimation des Klägers, weil keineswegs die Behauptung aufgestellt worden war, daß Hitler selbst amerikanisch-jüdisches und bolschewistisches Geld empfangen habe. Im übrigen sei überhaupt erst ein Beweis dafür notwendig, daß diese Äußerung mit Bezug auf die nationalsozialistische Partei eine Beleidigung darstelle, nachdem über die materiellen Bedürfnisse dieser Partei und ihre Befriedigung seit Jahr und Tag alle möglichen Behauptungen öffentlich verbreitet worden, ohne daß es den Hitler-Deuten jemals gelungen sei, die Behauptungen zu entkräften. Noch am 27. April hat der „Bayerische Kurier“, also ein Träger der bayerischen Regierungspolitik, von den „mit dunklen Geldquellen gespeisten Nationalsozialisten“ geschrieben, und auch der große Prozeß über die Finanzierung der Hitler-Bewegung durch den bayerischen Industriellenverband und anderen Großkapitalisten brachte keine Klarheit, da er wegen ungenügender und unpräziser Auskünfte der damals teilweise erkrankten und verzeigten Industriellen vertagt werden mußte. Die Verbindung mit bolschewistischen Kreisen sei durch die Aliierung und Verbrüderung der Nationalsozialisten und Kommunisten in Stuttgart und anderswo ganz deutlich in Erscheinung getreten. Angesichts dieser Tatsachen wäre es doch eine logische und rechtliche Unmöglichkeit, wenn es gerade dem Zentralorgan der Sozialdemokratie, die doch von den Hitler-Deuten am leidenschaftlichsten bekämpft wird, verwehrt sein sollte, diese Dinge zu erwähnen. Bei dem zweiten Teil der Klage, daß Hitler ein neuropathischer und politisch unreifer Schwächer sei, handelt es sich überhaupt nicht um eine Beleidigung; denn diese Behauptung ist wohl unhöflich und grob, aber nicht ehrverletzend. Außerdem läßt sich auf Grund der politischen Handlungen Hitlers sehr leicht der Beweis erbringen, daß diese Behauptung tatsächlich zu Recht besteht, bei der man sich im übrigen auch auf Urteile der bayerischen Regierung stützen kann.

Dieser überzeugenden Verteidigung gegenüber benahm sich der juristische Berater Hitlers ziemlich hilflos. Es machte einen mehr als komischen Eindruck, wenn der deutschjüdische Anwalt ausgerechnet im Namen seines gekränkten Mandanten bewegliche Klage darüber führte, daß der politische Kampf von heute in so unsonstiger Form geführt werde, wie das die sozialdemokratische Presse tue, nachdem doch alle Welt weiß und davon überzeugt ist, daß gerade durch Hitler und seine Partisanen der politische Kampf in Deutschland ganz ungewöhnlich rohe und manchmal sogar verbrecherische Formen angenommen hat. In einigen Erstaunen wurde man auch veretzt, als Hitlers Anwalt die nationalsozialistisch-kommunistische Verbrüderung der letzten Zeit mit den Worten abzutun versuchte: „Das in Stuttgart mit Remmele hat alles nicht stattgefunden.“

Entgegen dem Antrage des Verteidigers, den Beklagten freizusprechen oder ihm mindestens den Schutz des § 193 des Pressegesetzes zuzubilligen, kam das Gericht zur Verurteilung des Beklagten zu 8 Millionen Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es, daß sich Hitler von den Behauptungen, für die ein Wahrheitsbeweis nicht erbracht worden sei, mit Recht beleidigt gefühlt habe.

Die Liebe geht durch den Magen.

Von Peter Scher.

In der ersten Zeit ihrer großen Bekanntheit, als er sie einmal gemalt hat an sich drückte, passierte es, daß sein Magen laut und verzückt knurrte.

Er war erschrocken, dachte: „Bäckerlich... und doch... gerade deshalb ist es ja... in diesem Augenblick... so dumm.“

Ein teuflisches Gesicht!

Er sah sie an und lächelte gequält; da sagte sie, ein bisschen überstürzt, aber resolut: „Hör nur — wie mir der Magen knurrt!“

Er wollte etwas sagen — man ist ja schließlich Manns genug — aber sie lächelte ihm; da mußte er ja schweigen.

In diesem Moment knurrte sein Magen wieder — noch lauter als vorher.

Und sie?

Sie fuhr mit der einen Hand, erschrocken tuend, nach dem eigenen Magen, strich mit der anderen über sein Gesicht und sagte: „Hörst du? Du hast mich doch zu fest gedrückt!“ Dann sahen sie sich an und mußten beide lachen.

Und er nahm ihr Gesicht in seine Hände.

„Wie groß hast du mich heute lieb?“ fragte er und zeigte, wie oft im Scherz, mit beiden Händen eine kleine, dann eine größere Entfernung an — „So oder so?“

Sie sagte: „So groß wie die Welt!“

Es ging nicht gut in ihrem Leben.

Die Jahre waren verfloren — über tausend Hoffnungen und Enttäuschungen hinweg. Er hatte es zu nichts gebracht. Und war schon grau und müde. Aber was vor ihm lag — war wohl noch schlimmer.

Er hatte nichts mehr zu erwarten — nur das Ende.

Und keiner war bei ihm.

Doch: Sie.

Sie war es, die nach jeder Enttäuschung, die ihn niederwarf, seine Hand faßte und mit ihrer tiefen, klangvollen Stimme sagte: „Beh — wer wird denn gleich...“

Sie war es, die in seiner Gegenwart noch fröhlich war, wenn ihre die Tränen nicht am Halse saßen.

Eines Tages war das Schlimme da.

Es war so weit gekommen, daß sie nichts zu essen hatten. Er stand mit strengen Händen vor ihr da und sah sie an.

Sie lächelte, wenn sie diesmal aufrecht bliebe — dann kann es wohl nicht schwer sein, auch das letzte zu ertragen.

In diesem Augenblick knurrte ihr Magen so vernehmlich, daß der Mann erbläute und beide Hände vor die Augen hielt.

Da glitt ein unendlich zartes Lächeln über ihr Gesicht, und sie sagte: „Ach... wie dein Magen knurrt!“

Die Aufgabe der Staatsoper. Im Hause des Staatsministers Dr. Boettlich sprachen Staatssekretär Beder und Intendant Schillings über die nächsten Aufgaben der Staatsoper. Beder umriß in formidablen Worten die Aufgaben des Ministeriums, die Stellung der Intendanten zum Minister und die Beziehungen des Ministeriums zur Öffentlichkeit. Er betonte die bekannten Schwierigkeiten der finanziellen Lage, die aber trotzdem das Ministerium nicht von seiner Aufgabe freibränge, das produktive Schaffen zu fördern und dadurch im Verwaltungsapparat selber produktiv zu sein. Seit der Revolution sei ein neues Verhältnis zur Kunst gewonnen, die, ein Machtfaktor ohne gleichen, dem Volk gehöre. In den Grenzen des Möglichen soll die Erziehung zur Kunst und zum künstlerischen Menschen ausgebaut werden. In Fragen der Staatsoper ist letzte entscheidende Instanz der Minister selbst. In der Verwaltung sind nicht mehr Betriebsräte, sondern demokratisch ernannte Instanzen für die Regelung des Apparats verantwortlich und der Vorstand hat seine Zustimmung zu geben. In künstlerischen Sachen, z. B. Engagement und Kündigung, ist der Intendant unbeschränkter Herrscher. Er trägt gegenüber der Öffentlichkeit und dem Minister die volle Verantwortung. Durch Erneuerung des Vertrages mit Schillings hat das Ministerium dem Intendanten sein volles Vertrauen ausgesprochen, das sicher auch von dem gesamten Personal der Staatsoper geteilt wird. Beder machte zuletzt für die Krise der Staatsoper die allgemeine Zeitverwirrung verantwortlich, dankte dem ausgeschiedenen Leo Blech, verteidigte den in seinen Forderungen anscheinend allzu stark öffentlich gebrandmarkten Klempner, streifte das unferne Letzere genugsam bekannte Thema „Staatsoper und Kroll“ und erbat von der Presse Zuvorsicht und Vertrauen.

Nach dieser gut formulierten Verteidigungsrede hatte Schillings nicht mehr viel zu sagen. Er ergänzte die nachdrückliche Unterstreichung aller Schwierigkeiten durch offene Worte über das Ensemble, das er wieder zu einem geschlossenen zu machen gedenkt, über die Einnahmemöglichkeiten des Hauses, über die finanzielle und künstlerische Notwendigkeit, ein zweites Theater, eben Kroll, zu beziehen. Er wünscht, daß man strengsten Maßstab an sein Institut legt und bei nur, in schwebenden Fragen Vorsicht walten zu lassen. Bei gansen stellte er die Prognose für die kommende Saison, die mit drei neuen Werken und vier Neueinstudierungen aufwarten wird: „nicht schlecht“.

Auf den Fall Stiedry ging Schillings mit Takt ein, allerdings, ohne den Schleier von den dunklen Verhandlungen, Versprechungen und Verleihen zu reißen, die sich vor und bei der Vertragsschließung mit Kleiber abgepielt haben. Das ist schade. Da wir Gerüchten gegenüber waffenlos sind, müssen wir hoffen, daß sich die leisen Erwartungen, die Schillings für eine noch zu ermächtigende Einigung mit Stiedry hegt, wirklich erfüllen, und daß Kleiber tatsächlich der starke und befähigte Mann ist, als den ihn die Intendanten erkannt haben will. Was die Presse wünscht, ist ja nur: künstlerische Taten, sachliche Erwägungen unter Ausschaltung aller persönlichen Dinge, möglichst auch unter Vermeidung von Sympathieanwandlungen und Ausnutzung der guten Beziehungen, schließlich Einstellung auf das moderne Problem der Kunst und wachsende Stilgefühl.

Nach wie vor glauben wir, daß es im Interesse der Staatsoper liegt, und daß es ein Akt der Klugheit und Gerechtigkeit ist, wenn

Stiedry in eine Position kommt, die ihn nach außen und innen hin besser stellt, als er sie vor 8 Jahren, bei seinem Amtsantritt, hatte. Bei der Eröffnung des Krollhauses könnte er in sichtbar gehobener Stellung sein Amt als erster Kapellmeister wieder anreten. Über den Rechtsstreit muß ein so gewandter und konzipianter Mann wie Schillings, sowie Boettlich und Beder dem Bedrohten und Verbitterten die Hand reichen.

Kurt Singer.

Wenn Tokio brennt! Tokio in Flammen ist eins der interessantesten und schaurigsten Schauspiel, die Japan bieten kann. „Das Feuer ist die Blume von Jeddo“, sagte man, als die Stadt nach ihren alten historischen Namen führte. Eine Millionenstadt, aus lauter kleinen Holzhäusern bestehend — kein Wunder, daß die Feuersbrünste dort zu Hause sind. Alle paar Jahre hat man ein größeres Feuer, das dann immer gleich einen oder mehrere Stadtviertel vollständig einäschert. Der Wind trägt die Flammen von Haus zu Haus und überall findet es reichlich Nahrung im trockenen Holze. Dazu kommt die äußerst primitive Feuerlöschvorrichtung, eine Feuerwehr, die direkt aus dem Mittelalter stammt. Die Feuerlöscher kommen aus Bogen herbei, die von Kulis gezogen und geschoben werden; sie machen viel Spektakel dabei, aber kommen natürlich immer zu spät, um etwas zu verrichten. In neuerer Zeit hat man sich ja wohl auch einige Automobile zugelegt, aber was will das diesen Katastrophen gegenüber besagen. Erst vor einigen Jahren, kurz nach dem Kriege, brannte das berühmte Stadtviertel Yoshiwara ab, ein paar Jahre früher ein Teil des Inneren usw.

Alle diese großen Feuersbrünste haben natürlich ein gewaltiges Elend zur Folge. Die Leute sind um ihr bühnen Habe gekraht und die Borräte an Nahrungsmitteln sind vermindert. Da bewährt sich der Familieninn der Japaner in glänzender Weise. Wenn die Leute beispielsweise vom Stadtteil Azabu aus am Horizont im Norden oder Westen die Feuersglut sehen und wenn dort in jener Gegend Verwandte von ihnen wohnen, so wissen sie ganz genau, daß in kurzer Zeit die Flüchtlinge bei ihnen eintreffen werden. Die Angehörigen finden es ebenso natürlich, daß sie sich zu ihren Verwandten begeben und deren Hilfe in Anspruch nehmen, wie die Verschontgebliebenen, daß die Rückkehrenden kommen. Da wird schon im voraus herumschickelt, Nahrungsmittel werden zusammengeholt, gekauft, geschonert, geliehen, es wird getocht und gebadet. Und wenn dann die Angehörigen, wie erwartet, mit ihrem Huzuband endlich ankommen, so treffen sie schon alles zu ihrem Empfang bereit: Reis gekocht, Fische gebraten, Tee gekühlt, Saft gewärmt. Mit großer Freude werden sie empfangen, wie ein erlebter hochwillkommener Besuch, damit nur ja nicht Kummer und Trauer über die Verluste sich der Unglücklichen bemächtigen. Und dann hört man Scherzen und Lachen, Singen und Musik die ganze Nacht.

Von dem Feuer verschont bleiben nur die eisenen Borratskammern der reichen Leute, die mit einem englisch-indischen Worte Godowns genannt werden. Da kommt es denn wohl vor, daß ein Reichshändler, dessen Borratskammer vom Brande unbeschädigt ist, plötzlich einen heroischen Entschluß faßt: „Definet die Türen, ich will vor den anderen nichts voraus haben!“ Dann werden in der Tat die Türen aufgerissen, und das Feuer verzehrt die schätzbare Braufrucht. Ein wirkliches medales Unterfangen für das der Europäer kein Verständnis hat — aber in den Augen des Japaners eine höchst bewundernswerte Tat, in der sich der Sinn für Ge-

Die Bekämpfung des Valutaelends.

Zur Schaffung der neuen Währung.

Der Bundesausschuss des A. V. Bundes beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der Frage einer aktiven Währungspolitik. Aufhäuser betonte einleitend, daß die Gewerkschaften die Währungspolitik als ein Teilgebiet des Programms ansehen, das der A. V. Bund in seiner Gesamtvorstandssitzung aufgestellt hat und daß es nicht als isolierte Frage zu behandeln ist. Wir sind uns bewußt, daß, solange die außenpolitische Last auf uns ruht, währungspolitische Maßnahmen allein keinen Erfolg zeitigen dürften. Wir begrüßen es daher, wenn eine Aktivität einsetzt, um eine baldige Entspannung der Ruhrkrise herbeizuführen.

Staatssekretär Hirsch hielt darauf ein Referat über Ursachen, Wirkungen und Bekämpfung des Währungsverfalls. Er sieht die Hauptursache des Währungselends in der deutschen Zahlungsbilanz und vor allem auch in den großen Fehlern der deutschen Finanzpolitik, welche zwar Reparationspflichten einging, aber die Finanzierung dieser Zahlungen mit Deviseneinnahme nicht vorsah. Er wies ferner auf die falsche Kreditpolitik der Reichsbank hin, die in der letzten Zeit ungefähr eine Goldmilliarde auf Kosten der Papiermarktempfänger an die Privatwirtschaft verschenkte und auf die unheilvollen Folgen der Devisenpolitik, die herbeiführte, daß wir in Deutschland überhaupt keinen richtigen Dollarkurs haben, zu dem der Devisenbedarf befriedigt werden kann. Der Entwertungsprozess, den die Industrie auf ihre Preise ausschlägt und sie damit überhöht, ist zu einem wesentlichen Teil die Folge der Reparationspolitik. Die Verschleinerung der Preiswerte droht den wertbeständigen Lohn illusorisch zu machen. Die Wirtschaft ist außerordentlich unwirtschaftlich geworden durch die Inflation. Jetzt ist die Inflation am Ende ihrer Kraft. Dasjenige Kabinett hat ein Erbe angeerbt, das so traurig ist, wie man es sich überhaupt kaum vorstellen konnte.

Eine Uebersicht über die Reichsfinanzen ist schwer zu gewinnen. War früher das Reich Kossigänger der Länder, so sind jetzt alle Kossigänger beim Reich geworden, besetzte Gebiete, Staaten und Gemeinden und Gewerbetreibende. Wir halten eine Weile den Zustand, daß man die Annahme der Markl verweigerte. Es war aber nicht nur die eigentliche Repudiation, sondern man verachtete auch auf die Mark, um die Ware zu bekommen. Dadurch entstanden Störungen in der Ablieferung von Lebensmitteln, die wesentlich auf die Störungen des Zahlungsmittelverkehrs durch die Währungsermittlung zurückzuführen. So entstand der Ruf nach Wertbeständigkeit für Anlagemöglichkeiten im Rechnungswesen und nach wertbeständigen Löhnen, und jetzt wird er nach wertbeständigen Zahlungsmitteln erhoben. Solange der Ruhrkampf dauert, wird es aber nicht möglich sein, die Inflation abzubauen. Aber so traurig das ist: die Folgen einer weiteren Inflation sind vielleicht noch schlimmer erträglich. Es kommt jetzt darauf an, die Getreidelieferung vom Lande rechtzeitig zu erhalten. Man müsse, solange der Ruhrkampf andauert, die Auswirkung der Inflation abzumildern suchen. Dazu sei erforderlich, daß eine

wirtschaftliche Devisenerfassung

bei den Devisenbesitzern vorgenommen werde. Es gehe nicht an, daß, wie es jetzt der Fall ist, die Devisenablieferung schematisch nach Maßgabe der Zwangsanleihe erfolge, sondern nach Maßgabe des tatsächlichen Devisenbesitzes. Diese Devisen dürften auch nicht sofort entschädigt, sondern müßten auf ein Sperrkonto gesetzt werden, damit der Abgeber von Devisen nicht in der Lage ist, sofort neue Devisen zu kaufen. Höchstens könnte ihr Gegenwert in wertbeständigen Krediten gegeben werden. Hirsch verlangte weit härteres Zupacken bei der Wertbeständigkeit der Steuern, wo man immer wieder nachgeben beobachten könne und Vorbereitung unmittelbarer Berechnungen in Gold bei Zöllen, Ausfuhrabgaben, Börsen- und Luxussteuern. Von der Währungsseite her hält Redner auf Grund von Devisenablieferung die Entschaffung von Goldfonten und auch die Entschaffung eines Goldnotenverkehrs als bald für möglich, letzteren aber nur, wenn ein systematischer Uebergang zur Goldwährung vorbereitet ist.

Die Notwendigkeit, zu einem Goldnotenverkehr zu kommen, werde von allen Seiten anerkannt. Hirsch erörterte dann den Gedankengang, durch

planmäßige Stilllegung der Notenpresse

zur vollständigen Goldwährung zu kommen. Reichsbank, Gold- und Devisenfonds, verstärkt durch eine Auslandsanleihe auf Grund einer Besetzung der Schwerte, sollen den Rückhalt für eine sehr baldige Wiedereinführung des Papiergeldes gegen Goldmark

meinschaft, die Verachtung der irdischen Güter und die Untertümmlichkeit für die Zukunft in glänzender Weise offenbart.

Zum Glück sind die einfachen Holzhäuser auch bald wieder aufgebaut, und nach einem Vierteljahr ist von den Wirkungen der Feuerbrunst schon nichts mehr zu sehen. Der abgebrannte Stadtteil steht wieder da, mit verbreiterten Straßen, neu reguliert und verschönert... bis zum nächsten Male.

Die Berliner Theater haben am Sonnabend größtenteils die neue Spielzeit eröffnet, zum Teil mit bewährten Stücken der letzten Saison. So wurde im Lessing-Theater Shakespeares fröhliches, mit allen Humoren gesegnetes Lustspiel „Wie es Euch gefällt“ wieder aufgenommen. Der Einklang von Darstellung und Inszenierung wird dem Stück noch lange Zuspruch sichern. — Die Operetten sehen ihre Gewohnheit fort — zu wandern. Das „Berliner Theater“ schließt den bereits im Schiller-Theater gespielten Erfolg der „Süßen Susi“ aus in größtenteils neuer und keineswegs verschlechterter Besetzung. „Die tolle Lola“ ist im Wallner-Theater eingezogen und hat dort aufs neue gefallen. Leo Beutert mimte als Dirigent einiger Schläger mit, um die Theaterrolle machte sich mit echt Wiener Temperament Fr. Scheibel verdient.

Der Bildungsausschuss Groß-Berlin der SPD. nahm seine Theaterfähigkeit am Sonntag im Neuen Theater am Zoo wieder auf mit einer Aufführung von Grillparzers „Jüdin von Toledo“, die trotz des schönen Wetters ein volles Haus fand.

Hans Brodmann, der unter Max Reinhardt als Spielleiter und Darsteller Mitglied des Deutschen Theaters war, ist zum Intendanten der Kieler städtischen Bühnen (Oper und Schauspiel) gewählt worden. Wie aus Kiel geschrieben wird, hat Brodmann die Spielzeit im Schauspiel eröffnet mit einer ausgezeichneten Aufführung von Kogebue „Deutschen Kleinädtern“ in der bekannten Berliner Bearbeitung, die er zusammen mit Reinhardt besorgte. In der Oper begann er mit Kogebue's „Tote Stadt“, die durch die Mitwirkung des Hamburger Tenoristen Richard Schuber eine besondere Prägung erhielt. Als Schauspieler stellte sich Brodmann mit großem Erfolge in Schillers „Kabale und Liebe“ als Ferdinand vor. Man ist in Kiel der Hoffnung, daß die gute Theaterkulturarbeit, aus der Max Voensgen, Alberty nach dreißigjährigen erfolgreichen Wirken durch seinen plötzlichen Tod herausgerissen wurde, in der jugendlich-kraftvollen Persönlichkeit Brodmanns einen Vollen der findet.

Polschfahrer-Drama. Wie aus Alaska gemeldet wird, fand eine Rettungsoperation auf der Wrangelinsel die Expedition des Nordpolfahrers Allan Crawford auf, der auf der Insel die englische Flagge gehißt hatte. Alle Teilnehmer der Expedition bis auf einen Eskimo waren tot.

Spielplanänderung. Am Donnersden Abend wird am Donnerstag anstatt „Eugen Onegin“ die Oper „Die Fledermaus“ aufgeführt.

Eine Parodie auf den modernen Operettenbetrieb stellt ein neues Stück dar, das Eugen Tomannbach gemeinsam mit E. W. Koelliker geschrieben und das den Titel „Boog“ führt. Unter „Boog“ ist eine allgemeine Berliner Operetten-„W.“ zu verstehen. Kostentilgung ist diese Parodie eine wirkliche und nicht bloß eine neue Operette.

Tagung des Völkerbundes.

Der griechisch-italienische Konflikt.

Genf, 3. September. (W.B.) Die vierte Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag um 11 1/4 Uhr eröffnet. Der Präsident des Rats Ishii hielt eine längere Begrüßungsansprache, in der er die Tätigkeit des Völkerbundes in dem letzten Jahre würdigte, das reich an Befürchtungen und Ereignissen gewesen sei. Die beiden wichtigsten Probleme des letzten Jahres, das Reparationsproblem und der Orientfriede, seien allerdings nicht vor den Völkerbund gelangt, sondern von den ehemaligen Kriegsteilnehmern behandelt worden. Ueber die Reparationsfrage sagte Ishii: Das Reparationsproblem sowie die sich daran anschließenden Fragen werden, solange eine Lösung nicht gefunden ist, schwer auf der wirtschaftlichen Lage der Welt lasten, die internationalen Beziehungen stören und es infolgedessen auch dem Völkerbund erschweren, sich bei der Zusammenarbeit der Völker zum Wiederaufbau zu betätigen. Er müsse daher von neuem den Wunsch ausdrücken, daß vor der nächsten Völkerbundsversammlung die gegenseitigen Besprechungen zu einem genauen und endgültigen Abkommen führen und dadurch eine Ära der Verständigung zwischen den Völkern eröffnet werde, während heute die vom Kriege geschädigten Völker sich nicht schließen könnten.

Ishii bemerkte anschließend, daß das Fernbleiben der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Russlands vom Bunde, der infolgedessen noch nicht universell sei, jedenfalls seine Zuständigkeit und seine Wirkungsmöglichkeiten beschränke. Ishii wies aber darauf hin, daß diese Länder an verschiedenen Völkerbundsorganisationen mitgearbeitet hätten.

Bei seinen Ausführungen über die Tätigkeit des Bundes im vergangenen Jahre berichtete Ishii besonders eingehend über die Zwangsamerikung Oesterreichs. Der italienisch-griechische Konflikt blieb unerwähnt.

Auf Antrag des australischen Vertreters Gao sprach die Versammlung dem japanischen Völk ihre Teilnahme anlässlich des furchtbaren Erdbebenunglücks aus.

In der Nachmittags Sitzung wurde zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung der Vertreter Kubos, Senator Torriente, mit 24 von 45 abgegebenen Stimmen gewählt. Bundesrat Rotta erhielt 19 Stimmen. Torriente war im vorigen Jahre Präsident des dritten Völkerbundsaustrusses, der die Abrüstungsfragen bearbeitet. Man erklärt in unerrichteten Völkerbundkreisen, daß Torriente, für den die Subamikaner geschlossen stimmten, als Kandidat der französischen Regierung gilt.

England verlangt Intervention.

London, 3. September. (M.) Der erste Regierungssakt Lord Curzon nach seiner Rückkehr hierher war eine telegraphische kategorische Instruktion an den englischen Vertreter im Völkerbundsrat, Lord Robert Cecil, eine Intervention des Völkerbundes

geben. Das sei möglich, weil der tatsächliche Umlauf in Goldmark gegenwärtig viel kleiner sei als der von der Reichsbank ausgegebene Goldbetrag. Heute schon dienten die Devisen zu Sparzwecken und für die Zwecke des Großhandels. Die Beschränkungen des Devisenverkehrs könnten fallen, wenn ein genügend großer Goldfonds vorhanden ist. Schon vorher sollte der Staat bei Erklärung der Einlösungspflicht sich weitere Goldzahlungsmittel beschaffen, indem er sofort in Gold oder Goldzahlungsmitteln erhebt: Einfuhrzölle, Ausfuhrabgaben, Luxussteuern und Börsensteuern. Goldbanknoten können dann ausgegeben werden auf Grund abzuliefernder Exportheuten und auf Goldwert lautender Inlandwechsel, Steuern, insbesondere aus der Sachwertbesetzung, waren zur Vermeidung des Hamfrens von Gold in Gold zu lassen. Als Uebergang bei der Lohnzahlung wäre zu verlangen Bereitstellung wirklich wertbeständiger Zahlungsmittel durch die Unternehmungen, welche hierzu in der Lage sind (die Industriegoldmark), und stärkere Sicherung der wertbeständigen Anleihe des Reiches als bisher, damit mit einem wachsenden Teil derselben wertbeständige Gehälter gezahlt werden können.

Steuern und Kriegsbeschädigte.

Besondere Werbungskosten.

Durch einen vom Reichsfinanzministerium im Benehmen mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten an die Landesfinanzämter gerichteten Erlaß sind für Kriegsbeschädigte stets soviel Prozent besondere Werbungskosten zuzulassen, als die Minderung ihrer Erwerbseinkünfte nach ihrem Rentenbescheid beträgt. Da die Werbungskosten mit Wirkung vom 1. September allgemein 3 Millionen Mark bei monatlicher und 720 000 Mark bei wöchentlicher Entlohnung betragen, sind z. B. bei einem Kriegsbeschädigten mit 30 Proz. Rente monatlich 900 000 Mark, besondere Werbungskosten und 216 000 Mark bei wöchentlicher Entlohnung zugelassen. Bei 50 Proz. Erwerbsbeschränkung beträgt die besondere Ermäßigung 1 500 000 Mark monatlich oder 360 000 Mark wöchentlich.

Kriegsbeschädigte, die die Steuerermäßigung bis jetzt noch nicht in Anspruch genommen haben, müssen auf ihrer Steuerkarte durch das zuständige Finanzamt einen entsprechenden Vermerk eintragen lassen. Ein derartiger Vermerk, mit dem z. B. 80 Proz. besondere Ermäßigung zugelassen werden, hat dauernde Gültigkeit. Erhöht sich der allgemeine Werbungskostenpauschal, dann erhöhen sich auch automatisch die besonderen Werbungskosten für Kriegsbeschädigte. Die Vergünstigungen können auch von den Steuerpflichtigen in Anspruch genommen werden, die nicht unter das Lohnsteuergesetz fallen. Auch Unfallbeschädigte und andere Erwerbsbeschränkte sind zu berücksichtigen.

Ein Bild aus dem Ruhrgebiet.

„Die Menschheit“, eine von Prof. Friedrich Wilhelm Förster herausgegebene Zeitschrift, die sich mehrfach den Vorwurf der „Franzosenfreundlichkeit“ zugezogen hat, bringt das folgende erschütternde Bild aus Duisburg, das gewiß in keinem Zug übertrieben ist:

„Es ging Schritt für Schritt durch die gequälte Stadt. An eine Erfrischung war nicht zu denken — alle Hotels, Restaurants, Kaffees, Ausschänke waren geschlossen — Ausschankverbot. Also weiter über die Ruhr- und Hafenbrücken. Was ich sah und selbst mitmachen mußte, ließ mein Herz schaweller schlagen. Alle Passanten mußten zwischen den Weilen der Straßenbahn gehen — höchstens zwei Menschen nebeneinander. Die Wagen (mit Lebensmitteln) mußten ebenfalls im Schritt innerhalb der Gleise fahren und durften neben dem Kutscher nur einen Begleiter haben. Die Gedanken wirbelten mir durch den Kopf, da wurde ich angewiesen: „Fräulein, acht geben. Sie haben die Schienen verlassen!“ Als ich erlaunt aufschaute, sogten Mädechen: „In den ersten Tagen des Belagerungszustandes und der Straßensperre wurden Passanten, die die Schienen verlassen hatten, von den Posten mit Kolbenstöben bis zur Lebensgefahr mißhandelt, gleich, ob es Greise oder Junge waren.“ Ich gab nun acht, ging wie die andern und sah die Brücken hinauf und hinunter in langen, entlösen Scharen ein Kom-

in der italienisch-griechischen Krise unter allen Umständen herbeizuführen. Man hofft hier allgemein, daß eine derartige Intervention trotz der bisherigen Weigerung Italiens, sich einem Spruch des Völkerbundes zu unterwerfen, erfolgreich sein wird. Viel hängt dabei von der Haltung Frankreichs ab. Wenn Frankreich und England zusammen die Intervention des Völkerbundes decken, erwartet man ein Nachgeben Italiens.

Italien starkköpfig.

Rom, 3. September. (W.B.) Wie die Agenzia Stefani meldet, ist die italienische Regierung nach wie vor entschlossen, bei ihrem Standpunkt zu bleiben, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, über den italienisch-griechischen Konflikt zu entscheiden, da es sich um eine Angelegenheit handle, bei der die italienische Ehre, die nationale Würde und das Leben italienischer Staatsangehöriger auf dem Spiele ständen. Es scheint indessen, daß die italienische Regierung, falls diese Auffassung im Völkerbund abgelehnt werde, sich dem nicht widersetzen würde, daß der internationale Gerichtshof in Haag mit der Prüfung der Kompetenzfrage betraut werde.

Rundgebungen in Griechenland.

Rom, 3. September. (W.B.) Die Agenzia Stefani meldet aus Athen: Nach der Trauerfeier zu Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale veranstaltete heute eine große Volksmenge mit Bannern eine stürmische Kundgebung gegen Italien. Eine italienische Fahne wurde verbrannt. Die Menge versuchte in die italienische Gesandtschaft einzudringen.

In Saloniki ist die Bevölkerung seit gestern in lebhafter Bewegung. In den Stadtvierteln, in denen die Griechen in der Mehrzahl sind, ist es zu Kundgebungen gekommen, bei denen mehrere Italiener verletzt worden sind. Man hat versucht, das italienische Konsulat anzugreifen. Die Hafenarbeiter weigerten sich, Dampfer italienischer Flagge zu entladen. In Handelstreifen ist vorgeschlagen worden, den italienischen Handel zu boykottieren.

Die Besetzung Korfus.

London, 3. September. (E.P.) Wie die „Daily Mail“ aus Athen meldet, haben die Italiener auf Korfu 15—20 000 Mann ausgeschifft. 4 Panzerkreuzer und 10 leichte Kreuzer befinden sich gegenwärtig im Hafen. Die griechischen Behörden der Insel werden auf einem Schiff gefangen gehalten. Bevor die Italiener das Bombardement eröffneten, legte sich der Polizeipräsident in Begleitung des englischen Konsuls zum italienischen Admiral, um diesen darauf aufmerksam zu machen, daß in der alten Festung 3000 griechische Flüchtlinge untergebracht worden seien. Trotz dieser Warnung gab der Admiral Befehl, das Feuer auf die Festung zu eröffnen.

men und Gehn der Arbeiter, Angestellten usw. Die Straßensperre beginnt um 8 Uhr. Über eine Minute nach acht auf der Straße getroffen wurde, wird verhaftet, sehr oft blutig mißhandelt, sogar angeschossen, in einzelnen Fällen erschossen. Das Verbot des Fensteröffnens war in den acht Tagen der Bluthöhe einfach unmenschlich zu nennen. Wer die Mietwohnungen im Industriegebiet kennt, diese Kasernen und Ställe, vom Kapitalismus ohne jede Hygiene zum Hohn der sogenannten europäischen Kultur erbaut, der weiß, was Familien in einem Dachzimmer, das Küche, Schlaf- und Wohnzimmer zugleich ist — für oft 10 Personen — leiden, ersehen müssen. Das Allerfurchtbarste müssen die werdenden Mütter erdulden. Sie, die sonst mit Freude der Stunde entgegensehen, die Leben gebären soll, wissen, daß es ihre Todesstunde werden kann. Denn weder Arzt noch Hebamme können helfen, ja es kam ein Fall vor, daß der Hilfe holende Mann erschossen wurde und die Frau daheim verblutete!

Postsperrre im Einbruchgebiet.

Münster, 3. September. (M.P.) Die Franzosen haben seit Montag morgen über das gesamte Einbruchgebiet aus unbekanntem Gründen eine achtstündige Postsperrre verhängt.

Deutsche sollen Wachen stellen.

Mainz, 3. September. (M.B.) Von den Franzosen ist ein Befehl für die besetzten Gebiete von Rheinhessen, Kreuznach und der Nahe erlassen worden, in dem von der deutschen Verwaltung die Ueberwachung nicht nur der Bahnübergänge und fast sämtlicher Bahnhöfe (auch der Güterbahnhöfe), sondern auch der Strecken verlangt wird.

Diese vermehrte Ueberwachung würde ein vielhundertköpfiges Personal und die tägliche Ausgabe von vielen Milliarden notwendig machen. Die Franzosen haben den Gemeinden im Weigerungsfall die schärfsten Sanktionen angedroht, doch haben sich die Gemeinden bisher ablehnend verhalten, da sie ihrerseits die Verantwortung für die Tätigkeit eines vollkommen ungeübten Ueberwachungspersonals nicht tragen können und wollen, andererseits damit den passiven Widerstand durchbrechen und einen Konflikt mit den Eisenbahnern und Gewerkschaften herbeiführen würden. Außerdem würden durch das notwendige Zusammenwirken des Ueberwachungspersonals mit dem zum größten Teile farbigen französischen Soldaten Zusammenstöße sich nicht vermeiden lassen, deren Folgen erfahrungsgemäß die Bevölkerung zu tragen hätte.

Zeigner gegen Geßler.

Eine sächsische Regierungserklärung.

Dresden, 3. September. (M.) Die „Sächsische Staatszeitung“, das Regierungsorgan, bringt heute an der Spitze des Blattes eine längere Erklärung, in der ein vertrauliches Schreiben Dr. Geßlers vom 24. August 1922 an den Senatspräsidenten Dr. Hagens als ein Eingriff in einen Strafprozeß bezeichnet wird. Ferner wird die Behauptung wiederholt, daß Dr. Geßler eine Teilnahme der Reichswehr an der sächsischen Verfassungsfeier in Rücksicht auf die bekannte Rede Dr. Zeigners verboten habe. Auf Vorstellungen in Berlin sei am 21. August in Dresden ein Telephonat eingegangen, daß der Reichswehrminister keinerlei Anordnungen über den Verkehr des Wehrkreiskommandos bzw. des sächsischen Landeskommandanten mit der sächsischen Regierung getroffen habe. Er habe lediglich am 11. August das Ersuchen des Wehrkreiskommandos gebilligt, an der von der sächsischen Regierung veranstalteten Verfassungsfeier nicht teilnehmen zu dürfen. Er halte es für selbstverständlich, daß alle dienstlichen Verpflichtungen jeglicher verfassungsmäßigen Regierung gegenüber erfüllt werden. Die „Sächsische Staatszeitung“ sagt, diese Erklärung des Reichswehrministers sei unwahr, und sie fragt, wie die Reichsregierung, wenn sie auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der sächsischen Regierung Wert lege, sich Sicherheiten schaffe gegen solche jedes Vertrauen untergrabende unwahre Darstellungen des Reichswehrministers?

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch in der Metallindustrie.

Für die Zeit vom 27. August bis 1. September einschließlich wird der Spitzenlohn in der Klasse I auf 840 000 M. erhöht. Alle übrigen Sätze erhöhen sich im gleichen Hundertsatz. Die Akkordpreise werden um 55 Proz. erhöht. Die Löhne, die sich aus dem Schiedspruch ergeben sind wie folgt:

Arbeiter über 21 Jahre: Klasse I 840 000, Klasse II 815 000, Klasse III 795 000, Klasse IV 767 000, Klasse V 745 000 M. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren: Klasse I 714 000, Klasse II 692 000, Klasse III 672 000, Klasse IV 652 000, Klasse V 633 000 M. Akkordbasis: Klasse I 803 000, Klasse II 784 000, Klasse III 763 000, Klasse IV 738 000, Klasse V 710 000 M.

Arbeiterinnen über 21 Jahre 576 000 M., von 18 bis 21 Jahren 488 000 M. Akkordbasis für die Arbeiterinnen in der Glühlampenindustrie von 18 Jahren ab Klasse I Gruppe I 561 000 M., Gruppe II 544 000 M.

Jugendliche unter 18 Jahren: männliche weibliche

Von 14 bis 15 Jahren	154 000	148 000
15 16	213 000	198 000
16 17	272 000	246 000
17 18	828 000	800 000

Feuerungszulagen für die Arbeiter 8000 M., für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 10 000. Ausgleichzulage Klasse I 190 000, Klasse II 125 000, Klasse III 90 000.

Die Kollegen in den Betrieben müssen sich zu Mittwoch auf eine eventuelle Arbeitsstimmung vorbereiten. Jeder Kollege hat zu Mittwoch sein Verbandsbuch zum Betrieb mitzubringen. Urth.

Generalversammlung der Bauarbeiter.

In einer außerordentlichen Generalversammlung traten am 31. August die Delegierten der Baugewerkschaft Berlin im Dresdener Kasino zusammen. Thöns referierte über die tags vorher stattgehabte Lohnverhandlung. Geführt auf das Zulageabkommen zum Reichstarifvertrag für das Baugewerbe vom 5. Juli 1923 und im Hinblick auf den Reichslohn, der jeden Donnerstag veröffentlicht wird, läuft die Lohnwoche vom Sonnabend früh bis Freitag abend. Für Donnerstag, den 30., und Freitag, den 31. August, gilt der dreifache Lohn. Für die nächsten vier Wochen ist ein Grundlohn von 975 000 M. festgesetzt. Dazu die geltende Feuerungsätze und 15 Proz. Entwertung. (Die in der Sonntagszulage des „Vorwärts“ bekanntgegebenen Löhne gelten für die Zeit vom 1. bis 7. September.) Der am Donnerstag, den 6. September, veröffentlichte Index wird auf 1187,825 M. aufgeschlagen zusätzlich 15 Proz. Entwertung. Am Dienstag, den 4. September, ist der Lohn für die beiden Tage (30. und 31. August) auszahlbar. Am Freitag, den 7. September, ist in allen Betrieben ein Vorkauf in Höhe von 24 Millionen zu zahlen, wenn voll gearbeitet worden ist. Falls nicht voll gearbeitet worden ist, entsprechend weniger. Die Abrechnung erfolgt am Dienstag. Am Donnerstag, den 6. September, tritt die Berechnungskommission zusammen. Dann werden die Löhne für die Woche vom 8. bis 14. September im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Nach kurzer sachlicher Diskussion billigten die Delegierten die Stellungnahme der Verhandlungskommission und stimmten dem Abkommen zu. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde unter anderem auch der freiwillige Austritt des Kollegen Thöns besprochen. Einmütig wurde beschlossen, den Kollegen Thöns zu verabschieden, auf seinem Posten zu verbleiben. Ein Antrag, der eine Aufbesserung der Entschädigungssätze für Bezirks- und Handkassierer verlangt, wurde zur weiteren Erwägung dem Vorstand überwiegen.

Generalversammlung der Betriebsräte verlagt.

Die zu gestern Abend einberufene Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale war eine Stunde nach festgesetztem Beginn so schlecht besucht, daß nicht einmal die zur Fällung von gültigen Beschlüssen erforderliche Anzahl von Delegierten anwesend war. Die Versammlung mußte deshalb auf einen späteren Termin verlagert werden.

Bedauerlicherweise ist auch hier bei den Betriebsräten wieder unsere oft ausgesprochene Befürchtung eingetreten, daß durch den parteipolitischen Mißbrauch mit der Institution der Betriebsräte und mit den Betriebsräten selbst, von linksradikaler Seite her, das Interesse an den Aufgaben der Betriebsräte immer mehr erlahmt. Auch bei den kommunistisch eingestellten Betriebsräten scheint die starke Beanspruchung beim letzten Generalstreik noch so nachhaltige Folgen gezeigt zu haben, daß auch sie, die damals in ungeheurer Stärke von 20 000 Mann Generalstreikbroschüren schrieben, gestern mit kaum 70 Vertretern anwesend waren.

Es ist unglücklich, daß die Delegierten der Betriebsräte ihrer legalen Betriebsräteorganisationen nicht mehr Interesse entgegenbringen als es sich gestern abend zeigte. Insbesondere unsere VSPD-Genossen unter den Delegierten müssen mir dringend ermahnen, die nächste Versammlung möglichst zu besuchen.

Das Reichsbankdirektorium will sich beruhigen.

Es läßt durch BZD. folgende Erklärung verbreiten: „Die von dem Vorsitzenden der Rentenkammer beim Landgericht III zu Berlin bei der Urteilsverhandlung bekanntgegebenen Gründe, aus denen das Landgericht zur Abweisung der Klage der Reichsbank gegen den Betriebsratsvorsitzenden Grokmann gelangt ist, erscheinen in sich widersprüchlich und nicht geeignet, den Urteilspruch zu rechtfertigen. Trotzdem hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, von der Einlegung der Berufung beim Kammergericht abzusehen, weil bis zur Entscheidung über die

Berufung längere Zeit vergehen würde, die endgültige Erledigung der Angelegenheit aber im Interesse des Arbeitsfriedens so lange nicht hinausgeschoben werden kann.“

Herausforderung der Arbeiter im Einzelhandel.

Der Schlichtungsausschuss hat für die Handelskassierer für die Zeit vom 26. bis 31. August in der Höhe der Reichsindexziffer von 57 Proz auf den Ledigenlohn, einen Schiedspruch gefällt. Die Forderungen der Arbeitnehmer, daß gleichzeitig der Grundlohn um 25 Proz. erhöht werden soll, hat der Schlichtungsausschuss abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben unter Aufrechterhaltung ihrer Forderung, einer Erhöhung des Grundlohnes, den Schiedspruch angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt. Die Haltung der Arbeitgeberverbände im Handel zeigt klar, wo der Weg hingehen soll. Arbeiterentlassungen, Arbeitsverweigerung, Nichtanerkennung von Schiedsprüchen. Die Arbeitnehmer werden aber den Handelsbetrieben in ihrer Versammlung am Mittwoch-

VSPD.

Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte!

Am Donnerstag, den 6. September abends 7 Uhr in den Maschinen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal)

Große Konferenz

aller VSPD.-Betriebs- u. Gewerkschaftsfunktionäre sowie Betriebsräte

Tagesordnung:

Die gegenwärtige Situation. — Die Aufgaben des Proletariats.

Referent: Genosse Artur Crispian, M. d. R.

Die Wichtigkeit der Konferenz erfordert, daß auch der kleinste Betrieb vertreten ist.

Ohne Parteiausweis und Funktionärkarte kein Zutritt!

Bezirksverband Berlin der VSPD.

Betriebssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof II.

abend die gebührende Antwort geben. Die behördlichen Stellen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie dieses Vorgehen der Arbeitgeber unterstützen und die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums außer acht lassen wollen.

Mißbilligung des „Generalstreiks“.

Die VSPD-Fraktion der Beleuchtungsfabrik Gebr. Israel L.G., Briker Str. 30, hatte am Donnerstag, den 30. August, eine Betriebsversammlung der Amsterdamer Anhänger einberufen. Das Versammlungslokal war überfüllt. — Gen. Kiehmann referierte in vortrefflicher Weise über die Amsterdamer und die Moskauer Internationale und die Lehren des letzten kommunistischen Generalstreiks. — Die Diskussion war sehr reg. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammelten verurteilen auf das schärfste das verwerfungslose und verbandsschädigende Treiben der kommunistischen Anhänger des Betriebes und geloben in Zukunft, mit aller Energie nur für die Beschlüsse der Gewerkschaften und des ADGB. einzutreten.“

So sehen sie aus!

Viele Opfer hat der kommunistische Generalstreik gefordert. Auch in einer Metallwarenfabrik im Osten Berlins mußten 39 Arbeiter die Befolgung der Fünfzehnerauschuss-Parole mit dem Verlust der Arbeitsstelle büßen. Unter ihnen Gangradiale, Radiale und, wie immer in solchen Fällen, auch die Willkürer. Zu den ersten gehörte in besagter Fabrik einer, dem der Metallarbeiterverband nie die Erfüllung seiner Wünsche brachte. Da er ja auch ohne Verband seinen tariflichen Lohn bekam, machte er bei seinen Kollegen bekannt, daß er der Organisation die Ehre seiner Mitgliedschaft nicht mehr gebe und sich für die gesparten Beiträge einen Anzug kaufen lassen werde.

Am Generalstreik-Montag gehörte er natürlich auch zu jenen, die erhobenen Hauptes den Fabriksloft verließen. Vorher unterließ er es aber nicht, als echter Revolutionär, Kollegen als Lumpen, Betrüger, und ähnliches zu bezeichnen, die auf die Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen aufmerksam machten. Am Abend gehörte unterhalb zu den Streikposten; er drohte dabei mit der Arbeit heimkehrenden, daß sie von jetzt an nicht mehr ihres Lebens sicher seien.

Nun aber kam mit den Entlassungspapieren das graue Elend. Die sonst so gern verlästerten „Benzler“ konnten seine Wiedereinstellung nicht erreichen, und so ging er stugs zum Arzt, ließ sich attestieren, daß er am Montag krank gewesen sei und bot, mit diesem Attest ausgerüstet, den Vertretern der Direktion den wehmütig um die Gelegenheit, wieder in der Fabrik tarifliche Löhne verdienen zu können, deren Einführung er wahrscheinlich weiter gern dem Metallarbeiterverband überlassen würde, wäre es zur Wiedereinstellung gekommen.

„Kommunistischer Vandalismus“.

Zu der Notiz in Nr. 405 des „Vorwärts“ mit dieser Überschrift geht und folgende Erklärung zu: „Nach eingehender Ansprache mit Betriebsleitung und Betriebsrat kann ich die persönlichen Angriffe gegen A. F., die sich gegen seine Anstellung und Tätigkeit richten, nicht aufrechterhalten.“ S. Riethe, Gaslaternen-Fernzündung G. m. b. H., Köpenicker Str. 32a.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter.

Die Spitzenlöhne vom 5. bis 9. September der Dreiklasse I betragen für Männer 1 078 000 M. pro Stunde. Die Löhne gelten für den VDB. und M. — Die neuen Lohnsätze für die Ein- und Karionagenbranche sind ab heute im Ortsbureau, Engel-ufer 24, erhältlich. Die Branchenleitung.

Neufestsetzung des Ortslohnes. Der Ortslohn — ortsbildliche

Tagelohn getrieblicher Tagesarbeiter — ist für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin vom 3. September ab neu festgesetzt worden. Er beträgt: für männliche Personen über 21 Jahre 840 000, von 16—21 Jahren 600 000, von 14—16 Jahren 490 000 M.; für weibliche Personen über 21 Jahre 600 000, von 16—21 Jahren 490 000, von 14—16 Jahren 390 000 M. (Dieser angeblich ortsbildliche Tagelohn entspricht in Wirklichkeit kaum einem Stundenlohn.)

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter ist für den Bezirk des Oberverwaltungsamts Berlin vom 1. September 1923 ab neu festgesetzt worden. Er beträgt: für männliche Personen: über 21 Jahre 30 Millionen M., von 16 bis 21 Jahren 18 Millionen M., unter 16 Jahren 12 Millionen M., für weibliche Personen über 21 Jahre 18 Mil. M., von 16 bis 21 Jahren 12 Millionen M., unter 16 Jahren 6 Millionen M.

Holzarbeiter-Sperre. Die Tischlerei „Kunst und Handwerk“, Berlin, Ruskauer Straße 27, hat von den im Betriebe getroffenen Lohnvereinbarungen Abzüge gemacht. Die Beschäftigten haben darauf die Arbeit eingestellt, nachdem durch Verhandlung mit der Organisation keine Einigung erzielt wurde. Der Betrieb ist für organisierte Arbeiter aller Branchen gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die Tarifmindestgehälter der Werkmeister der Berliner Schuh-Industrie betragen für den Monat August: für Abteilungsmeister 140 Millionen, Obermeister 154 Millionen Mark.

Achtung, Zimmerer! Die Lohnwoche geht für die Zukunft von Sonnabend bis Freitag; für den 30. und 31. August gilt noch der alte Lohn von 1 085 700 M. plus Werkzeugentschädigung von 16 000 M. Ab 1. bis 7. September beträgt der Stundenlohn 1 280 000 M. und die Werkzeugentschädigung 19 200 M. Für die Folgebereit ist jetzt Dienstag Lohnzahlung mit allen Verrechnungen, Steuerabzug usw. und Freitag's Vorkaufzahlung. Für diesmal wird am Freitag, den 7. September, ein Vorkauf von 24 Millionen für den 1., 3. und 4. September gezahlt. Auch den Lehrlingen ist dementsprechend ein Vorkauf zu zahlen.

Für die Groß-Berliner Privat-Elektrizitätswerke werden für die Zeit vom 27. August bis 2. September 1923 als vorläufige Regelung folgende Stundenlohnsätze vereinbart: Gruppe I 900 000, II 871 700, III 848 400, IV 786 100, Rindererwerbsschläge V 633 900, Frauen VI 543 900 M.

Die Frauenzulage in Höhe von wöchentlich 246 000 M., sowie die Kindzulage in Höhe von 450 000 M. bleibt vorläufig bestehen.

Eine endgültige Regelung erfolgt Mitte der Woche. Die sich aus Stundenlohn und Zulagen nach Abzug der Steuern usw. ergebende Endsumme wird bis auf weiteres auf volle 1000 M. kaufmännisch ab- bzw. aufgerundet. S. U.: Die Ortsverwaltung.

In der Kölner Metallindustrie sieht — wie die Rheinische Zeitung — ein schwerer Konflikt bevor, da der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses von den Unternehmern abgelehnt wurde, die Arbeiter angesichts der Steigerung der Lebensmittelpreise nicht gewillt sind, von ihren Forderungen abzugeben, während andererseits die Unternehmer entschlossen zu sein scheinen, für ihre weitgehenden Ziele das Neueste einzusetzen.

Zu einem Bergarbeiterstreik in Amerika ist es doch noch gekommen; 150 000 Bergarbeiter traten in den Streik. Doch dauern die Verhandlungen mit den Besitzern noch an und man hofft, daß sich eine rasche Beilegung der Krisis wird ermöglichen lassen.

Achtung, Kupferschmiede der VSPD!

Seute, Dienstag, abends 6 1/2 Uhr, nochmalige wichtige Versammlung der auf unserem Boden lebenden Betriebsvereine im Gewerkschaftsbureau, Stargarder Str. 1. Wir erwarten bestimmt, daß jeder Betrieb durch einen Kollegen vertreten ist.

Verbandsrat der Buchbinder, Bezirksverein Berlin. Versammlung Mittwoch 5 Uhr im Vereinslokal, Köpenicker Str. 32.

Verband der Holzarbeiter, Bezirksrat und verwandten Berufe. Donnerstag, den 6. September, nachmittags 5 Uhr, im Graphischen Vereinslokal, Wilmersdorfer Str. 44. Vertrauensmännerversammlung der Steinbrücker und Lithographen.

Kaufhaus, Verwalter der Gewerkschaften Industrie! Unsere Versammlungen finden von jetzt ab nicht mehr in Banerlebens Festlokal, sondern im Berliner Klubhaus, Oststr. 2, statt, und zwar jeden 1. Dienstag im Monat. Nächste Versammlung: Seute, Dienstag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„Arbeiterkraft und Volkshilfe.“ Ueber dieses Thema spricht am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, unser Genosse Dr. Pruder bei der Abteilung Arbeiter des Bezirksvereins „Die Naturfreunde“ in der Schulstraßen-Sonnenburg, Straße 29.

Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik. Öffentliche Versammlung Mittwoch, den 6. September, 7 1/2 Uhr, in der Schule Köpenicker Str. 18. Emil Parth spricht über „Die Reparations-, Wirtschafts- und Währungsnot und ihre Lösung.“ Diskussion.

Besondere für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Helm Soterus, Reichelsdamm; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Salzen, Berlin; Kaufmann: R. A. Schuler, Wilmersdorf; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch, Wilmersdorf; Anzeigen: H. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Dienst 1. Verlage.

Theater, Lichtspiele usw.

Theater i. d. Königlicher Str. 8 Uhr: Der Clown Gottes
Berliner Th. 7 1/2 Uhr: Süss Susi
Deutsch Opernhaus 7 Uhr: Tannhäuser
Große Volkoper im Theater d. Westens 7 1/2 Uhr: Die Zarenbraut
Intimes Theater 8: Diplom in Dienst
N. blaue Pyjama etc.
Metropol-Theater Letzt Vorstellungen
8 U.: Die Schönste der Frauen
Neues Theater a. Zoo 8 Uhr: Leibkatscher des Fridericus Rex
Sonnab. 8 Sept. Eröffnung der Winteroperette. Von 5-7
Wallner-Theater 8 U.: Die tolle Lola
Oper. v. H. Hirsch
Theater im Hotelbühnen
Freit. 7. Sept. 7 Uhr
zum 1. Male:
Drunter u. drüber

Volksbühne 7 1/2 Uhr: Der Zerrissene
Lessing-Th. Heute bis Donn 7 1/2 Uhr: Wie es euch gefällt
Freit. 7 1/2 Uhr: Blau Schöpfung
S.V.A. 8 Uhr: Internat.
Varieté Sonnt. 3 1/2 halb. Preis d. voll. Prog.
WINTERSPIELN Varieté-Spielplan
Rauschen erstattet!
Berliner Bockbrauerei Belle-Alliance-Ecke Fildischstraße.
Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag
Erstklass. Kabarett
Anfang 8 Uhr

Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr: Der Fürst v. Pappenheim
Casino-Theater 8 U. Die neuen Reichen
Theater des Ostens 7 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen
Metropol-Varieté Behrenstr. 54
10 Schläger
Reichshallen-Theater Tägl. 7 1/2 Uhr. Städt. Sänger.
Th. a. Kottb. Tor Tägl. 7 1/2 Uhr
u. Sonntag nachmittags 1 Uhr:
ELITE SÄNGER
U. a. Das süße Mädel

An alle Erzieher

richten wir die Bitte: Seht Euch im Interesse der Euch anvertrauten Jugend den Film an:

Frühlingserwachen

nach Frank Wedekind.
Das richtigste Erziehungsproblem.
Das für die Jugend oft so verhängnisvolle Märchen vom Storch wird auf dezente Art zerstört!

Zurzeit
Alhambra, Kurfürstendamm

Altmetalle

kauft von
Fabriken
Handwerkern
Händlern usw.
W. Nelke
Belle-Alliance-Str. 98

Goldgelbe Orient-Zigaretten

die's Formate, 8 u. 6.
Nur heute 5-3 Uhr.
Nur an Wiederverkäufer:
Cognac 20 Mk., Zigaretten 20 Mk.
Goldgelbe 30 Mk. (Doppelformat)
Gutlicht
Zigarettenfabrik
Köpenicker Straße 7a.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof u. Umgeg.

Bekanntmachung!
Für die Woche vom 2. bis 8. September 1923 werden folgende Lohnsätze, Grundlöhne und Beiträge festgesetzt:

Stufe	Arbeitslohn	Grundlohn	Beitrag
A	800 000	400 000	45 000
1	800 000	400 000	60 000
2	900 000	450 000	120 000
3	1 000 000	500 000	200 000
4	1 100 000	550 000	300 000
5	1 200 000	600 000	400 000
6	1 300 000	650 000	500 000
7	1 400 000	700 000	600 000
8	1 500 000	750 000	700 000
9	1 600 000	800 000	800 000
10	1 700 000	850 000	900 000

Vom 27. August ab ist die für die Versicherungslicht der Betriebsbeamten Hausgemeinschaften usw. genehmigte Beitragsgruppe auf 1 500 000 M. überhöhen Arbeitsverdienste erhöht worden. Neue Annahmen der in Frage kommenden Personen sind uns unverzüglich ein zu reichen.
Der Kassenvorstand: Max Knappe, Vorsitz.

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin.

Bekanntmachung.
Der Höchstgrundlohn für die Woche vom 3. September bis 9. September 1923 ist auf 8 Millionen Mark festgesetzt. Vom 27. August 1923 ab ist die Beitragsgruppe für Klempner auf 15 Millionen Mark (monatlich 125 Millionen Mark) heraufgesetzt.
Wir empfehlen auch hierbei auf das allen Arbeitern zugewandte Rundschreiben Nr. 19.
Der Vorstand
Hermann Glöck, Max Engelhardt, Vorsitzender, Schriftführer.

Statt besonderer Anzeige

Am Sonnabend, den 1. September d. J., verschied plötzlich und unerwartet im 68. Lebensjahre mein treusorgender und lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Schwager, der Schriftsetzer

Emil Fetting

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet statt am Donnerstag, den 6. September 1923, nachmittags 1 1/2 Uhr, im neuen Krematorium Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz. Kranzspenden höflich erbeten.

Ortskrankenkasse für d. Gewerbe d. Tischler u. Pianoortechn. zu Berlin

Vom 3. bis 9. September 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 8 000 000 M. festgesetzt. Der tägliche Beitrag des höchsten Lohnsatzes beträgt 480 000 M. Anfangs ab 1. Oktober 1923. Grundvermehrung der Beitragsgruppe ab 1. Oktober 1923. Grundvermehrung der Beitragsgruppe ab 1. Oktober 1923. Die Beiträge sind im Rahmen der Beitragsgruppe zu erhöhen.
Berlin, den 3. September 1923.
Dr. Meeresch. C. Gahl, K. Röder, Forst. O. Kantschke, Schriftf.

Ortskrankenkasse der Gürtler.

Bekanntmachung.
Mit Wirkung vom 3. September 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 8 000 000 M. festgesetzt worden. Grundvermehrung der Beitragsgruppe ab 1. Oktober 1923. Die Beiträge sind im Rahmen der Beitragsgruppe zu erhöhen.
Berlin, den 3. September 1923.
Der Vorstand
gestiegen i. Preise sind alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind aber immer noch billig!

Notstandsantrag im Berliner Rathaus

Der Streit um die Gaspreisberechnung. — Die Frage der Straßenbahnfinanzierung.

Die Stadtverordnetenversammlung konnte gestern in der ersten Sitzung nach den Ferien endlich an die Beratung des nachmalig eingebrachten Etatsentwurfes herangehen. Mitberatenden wurden zwei Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, der Antrag zu den Werttarifen, im besonderen zu der Gaspreisberechnung, und ein Dringlichkeitsantrag, der angesichts der Wirtschaftskatastrophe die Bereitstellung von Mitteln zu Notstandsarbeiten durch Reichs- und Staatsregierung anstrebt. Genosse Wegl wies in seiner Begründung dieses Notstandsantrages auf die Arbeiterentlassungen hin, zu denen die Unternehmer bereits geschritten sind. In der Frage der Werttarife kritisierte er das Gaspreisberechnungsverfahren, das in den letzten Wochen so große Erregung hervorgerufen hat, und er erörterte die Vorschläge zu einem gerechtem Verfahren. Den Standpunkt der Fraktion zur Straßenbahnfrage legte Genosse Reuter dar. Er zeigte, daß die Lage keineswegs hoffnungslos ist. Zu Abstimmungen kam es in dieser Sitzung noch nicht.

Mit der gestrigen Sitzung nahm die Versammlung nach Ablauf der Sommerpause ihre regelmäßigen Arbeiten bei zu Beginn nur mäßig belebtem Hause wieder auf. Vorsitzender Dr. Caspari begrüßte die Erschienenen, widmete dann dem Gedächtnis des jüngst verstorbenen Berliner Ehrenbürgers Oskar Cassel ehrende Worte. Nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten sollte die Entscheidung über den noch immer der Feststellung harrenden Stadthaushalt für 1923 allen übrigen Beratungsgegenständen vorangehen. Es lagen zwei Dringlichkeitsanträge vor, deren Dringlichkeit anerkannt wurde.

Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag

hatte folgenden Wortlaut:

Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei weist den Magistrat der Stadt Berlin auf die katastrophale Auswirkung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die sich in einer von Tag zu Tag steigenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bemerkbar macht, hin. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, sofort Schritte bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden zu unternehmen, um ausreichende Mittel für die Beschaffung von Notstandsarbeiten bereitzustellen. Weiter wird gefordert im Interesse der Arbeitslosen und Kurzarbeiter: 1. Ergänzung der Verordnung betreffend Maßnahmen über Betriebsabbrüche und Betriebsstilllegungen vom 8. November 1920, in dem Sinne, daß dieselbe auf alle Gewerbe und Betriebe ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitnehmer ausgedehnt wird und daß an der Durchführung dieser Forderung laufend die Gewerkschaften und Betriebsräte zu beteiligen sind. — 2. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln an die Kommune durch die Reichs- und Staatsbehörden für die Beschaffung von Arbeit, auch wenn dies über den Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge hinausgeht. — 3. Die im § 9 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge festgelegte Wartezeit von einer Woche auf zwei Tage herabzusetzen. — 4. Die Bezugszeit der Erwerbslosenunterstützung ist von 26 auf 39 Wochen zu verlängern. — 5. Die Erwerbslosenunterstützungssätze sind auf der Grundlage von 60 Proz. des jeweiligen Höchstlohnes eines Reichsarbeiters festzusetzen. — 6. Die Erwerbslosenunterstützung ist in zwei Raten wöchentlich auszusahlen. — 7. Aufhebung der Bestimmung in § 9 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge, die besagt, daß die Unterstützung frühestens vier Wochen nach Abbruch der Aussperrung gewährt werden kann.

Die Deutschnationalen hatten ihrerseits in einem Dringlichkeitsantrag ein Mißbilligungs-votum gegen das eigenmächtige Vorgehen des Magistrats bei der Festsetzung der Werttarife vorgeschlagen. Beide Anträge sollten bei der Haushaltsberatung mit erörtert werden, ebenso der Antrag zur Gewerbesteuerordnung und die den Wirtschaftstag des Krankenpflegepersonals und die Werttarife betreffenden Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Mit großer Mehrheit beschloß die Versammlung gemäß dem Vorschlag des Vizepräsidenten, nachdem ein Antrag Dörr (Komm.), zum

Protest gegen die Verhaftung kommunistischer Stadtverordneter und Stadträte die Sitzung zu vertagen und Sitzungen überhaupt nicht abzuhalten, bis die Verhafteten sich wieder auf freiem Fuß befinden, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt worden war. Nachdem Dr. Steiniger (Dntl.) über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses zur Gasfrage berichtet hatte, nahm

Genosse Dr. Wegl zu einer eingehenden Darlegung des Wort, die zunächst einer Beleuchtung des sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrages gedient war. Er führte aus, daß Maßnahmen der vorgeschlagenen Art um so notwendiger seien, als das Unternehmertum sich zu einer

Steuerfiktografie im großen

anschießt, daß es durch Entlassung von Angestellten die Lohnsummensteuer illusorisch mache usw. Darum sei es doppelte Pflicht der Reichs- und Staatsbehörden, den Kommunen zu Hilfe zu kommen und Arbeitsgelegenheit zu schaffen, auch wenn das über den Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge hinausgeht. Alles müsse aufgedreht werden, um zu verhindern, daß die jegliche chaotische Welle uns verflüchtigt. Dazu gehört auch die Einführung der Wertbeständigkeit der Steuern im Etat, nachdem dafür der Landtag gesetzliche Vorsorge getroffen hat und damit ein Prinzipienstreit aus der Welt geschafft ist. — Im weiteren laute unter Redner erneut Protest ein gegen die unsozialen Beschlüsse des Haushaltsausschusses hinsichtlich der Krankenhauverwaltung und nicht minder gegen die diktatorische Art, wie die Medizinalverwaltung diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen versucht hat. Besonders ausführlich kritisierte Redner dann

Das Verhalten des Magistrats und der Wertverwaltung in Sachen der Gaslasterhöhung und des Gasstandes.

Die Formen, in denen der Magistrat den Werken zu ihrem Recht verhelfen wollte, bezeichnete er juristisch unhaltbar und zum Teil als direkt ungeschicklich, insbesondere, soweit den Maßnahmen rückwirkende Kraft beigelegt wurde. Auch habe der Magistrat jedes psychologische Verständnis für die Stimmung der Bevölkerung vermissen lassen; unter allen Umständen sei ihm mangelnde Voraussicht zum Vorwurf zu machen. Die Einführung der Abschuhwirtschaft sei ein Mißgriff

gewesen und ja als solcher erkannt und auch bereits wieder beseitigt. Die inzwischen getroffenen Abhilfemaßnahmen hätten einige Beruhigung geschaffen, aber andererseits die Anstellung von 900 neuen Beamten notwendig gemacht; das sei natürlich der Zweck der Übung nicht gewesen. Der Magistrat müsse daher auf andere Weise gegen das Uebel einschreiten; die Bevölkerung habe Anspruch darauf, daß Gerechtigkeit walte.

Dr. Leibig (D. Sp.) gab der von Dr. Wegl geübten Kritik im wesentlichen Recht, verhielt sich aber den positiven Forderungen des Dringlichkeitsantrages Heilmann gegenüber sehr zurückhaltend.

Stadtrat Brühl gab zu dem Antrag Heilmann die Erklärung ab, daß der Magistrat schon vor den Ferien und ununterbrochen auch während der Ferien in Sachen der Erwerbslosenfürsorge mit den Reichs- und Staatsbehörden unterhandelt habe, daß die Sache marschiert.

daß auch der Reichsanwalt Sirekemann gestern in Stuttgart entsprechende Maßnahmen angekündigt habe, daß man aber zwischen solchen Forderungen, die sofort befriedigt werden könnten, und solchen unterscheiden müsse, deren Befriedigung längere Anbahnung erheische. Die Versammlung solle durch einstimmige Annahme des Antrages, ohne sich mit dessen Einzelheiten zu befassen, nach außen hin erneut betonen, daß sie den festen Willen hat, den Erwerbslosen zu helfen.

Dr. Steiniger (Dntl.) erblickte in dem Antrag Heilmann einen neuen Versuch, die Politik in die Kommunalverwaltung hineinzutragen, und wollte ihn ohne gründliche Ausschusssprüfung nicht annehmen. Die Straßenbahn erklärte er für bankrott und die Absicht des Magistrats, eine Betriebs-G. m. b. H. zu ihrer Sanierung zu begründen, für unerschicklich, so lange die Zustimmung der Versammlung ausbleibe.

Der Oberbürgermeister verwahrte sich und den Magistrat gegen den Vorwurf, in der Straßenbahnfrage ihre Befugnisse überschritten zu haben. Die der Versammlung schon am 2. Mai gemachte Dr-

ganisationsvorlage sei bisher unerledigt geblieben. Natürlich könne eine dauernde Organisation nur im Einvernehmen mit der Versammlung zustande kommen.

Dr. Michaeß (Dem.): Was allein noch helfen kann, ist die Verpachtung der Straßenbahn und der städtischen Werke; nur so wird das Privatkapital für sie noch interessiert werden können. — Der Antrag Heilmann ist sehr beachtenswert, bedarf aber der Ausschusssberatung; der Antrag der Deutschnationalen würde unnützlich die Gegenläufe verschärfen.

Dörr (Komm.) suchte auch aus dem Verhalten des Magistrats in der Gasfrage den Vorwurf herzuleiten, daß der Magistrat eine Politik gegen die Interessen der breiten Masse treibe. In seiner Polemik suchte der kommunistische Sprecher auch angebliche Widersprüche innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion selbst hinsichtlich der Werttarife für seine Stellungnahme zu vermerken.

Für die Wirtschaftspartei erklärte auch heute Herr Müller-Franken: „Wir haben zu diesem Magistrat kein Vertrauen, der den selbständigen Mittelstand ruiniert, wir lehnen den Etat ab!“

Dr. Schmidt (Z.): Gegen das neue System bei den Werttarifen ist nach den unendlichen Beratungen in den Deputationen, im Haushaltsausschusse und seinem Unterausschusse auch vom juristischen Standpunkt kein Einwand mehr zu erheben. Die neuen Tarife sind ja sehr hoch, aber ohne sie müssen die Werte zusammenbrechen. Stundung für Abnehmer, die nicht sofort zahlen können, ist vorgezogen.

Justiz Brann (U. Sp.) behandelte die Gasfrage im Sinne der Darlegungen von Dörr. Mit einem Gaspreise von 200 000 M. und mehr treibe der Magistrat einfach Wucher.

Schöneborn (Dntl.) führte zur Begründung des Mißtrauensvotums gegen den Magistrat an, daß er durch sein einseitiges Vorgehen auf dem Gebiet der Werttarife sich selbst schweren Abbruch an keiner Autorität zugefügt habe. Auch für die Werke müsse wie für die Straßenbahn ein gemischtwirtschaftlicher, dem politischen Einflüsse entzogener Betrieb durchgeführt werden.

Gen. Reuter wandte sich zunächst gegen den Wirtschaftsparteiler, der temperamental mit der Resolution des Mittelstandes getrieben habe. Im Reichstage hätten im August alle Parteien die Notwendigkeit anerkannt, neue Wege zu gehen, wenn jetzt die Wirtschaftsparteiler sich absonderten, so fehle es dafür an jeder Logik. Die Straßenbahnkatastrophe ist, wie Redner lobann näher darlegte, nicht eine Folge kommunaler Mißwirtschaft, sondern des rasenden Markturges. Es muß möglich sein, die Straßenbahn rentabel zu machen, nachdem durch die veränderte Reichsbahnpolitik die schärfste Gefahrenquelle beseitigt ist.

Für eine vernünftige Reorganisation der Straßenbahn sind wir durchaus über allen Vorurteilen, die städtischen Unternehmungen und Werke dem Privatkapital auszuliefern, werden wir den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Stoß aus momentanen Schwierigkeiten einen Teil der Substanz für eine bloße Zwischenlösung des Problems hinzugeben, dazu werden wir uns nie verstehen. Unter den veränderten, d. h. wesentlich gebesserten Verhältnissen, wird sich der Magistrat hoffentlich bereit finden, seinen übereilten Beschluß wegen Gründung der Betriebs-G. m. b. H. für die Straßenbahn zurückzunehmen.

Hierauf wurde um 9 1/2 Uhr ein Schlußantrag angenommen. Damit war die erste Lesung des Etats beendet. Da der Bormahme der zweiten Lesung die Kommunisten Widerspruch entgegenzusetzen angekündigt hatten, vertagte sich die Versammlung auf Donnerstag.

Die Not der Zentralblindenbücherei.

Die erste in Deutschland 1894 gegründete „Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig“ steht vor dem Zusammenbruch! Das bedeutet den Zusammenbruch der geistigen Zentrale der nationalen sowie internationalen Blindenwelt.

Die Gründung der Blindenbücherei verfolgte den Zweck, der Blindenschaft des gesamten deutschen Reiches, ohne Unterschied des Standes, der Konfession und der Partei, mit Literatur aller Wissensgebiete zu versorgen, um die Bildungs- und Berufsmöglichkeit der Blindenschaft wesentlich zu erweitern und die Blinden in Gleichberechtigung mit den Sehenden zu bringen. Dieses ideale Ziel erreichte voll und ganz seinen Zweck. Die „Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig“ ist heute die hervorragendste und gefesteste der Welt, wurde im Jahre 1921 vom 1. Internationalen Blinden-Speranto-Kongress zu Prag einstimmig zur Weltzentralbibliothek für Blinde ernannt und ist somit kein Luxus, sondern zur absoluten, unbedingten Lebensnotwendigkeit der gesamten Blindenschaft ge-

17]

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Judem reisten in Kilian noch andere Kirichen. Madame Faure, die Schiffvermieterin, welcher der junge Mann am ersten Tage seines Genfer Aufenthalts einen kleinen Dienst erwiesen, hatte es durchgesehen — wie, ist ihr Geheimnis geblieben —, daß ihr Mann sein „Jamaia!“ zurückzog und den „Staffier“ als Bootsknecht in Dienst nahm. Zu seinem Vorteil, wie Monsieur Faure bald im geheimen feststellte. Denn der Bursche guckte ihm rasch jeden Handgriff ab, und war in allen Dingen zuverlässig, weshalb Faure erkannte, daß er sehr wohl wichtigeren Geschäften nachgehen konnte, Geschäfte, die sich, wie er behauptete, notwendigerweise, im „Falken“ oder im „Du Pont“ beim Weine abwickeln mußten, wo man ihn in Notfällen holen könne.

Madame Faure war mit dieser Wendung der Dinge durchaus nicht einverstanden. Wenigstens sang sie ihrem Gatten manch kräftigen Ton über seine zunehmende Viederlichkeit, für welchen Kunstgesang ihm indessen jedes musikalische Verständnis zu mangeln schien, nahm er doch in der Regel schon bei den ersten Takten Reißaus.

Die derart wachsende Zweifamkeit der beiden Menschen auf dem Schiffskoch hatte zur Folge, daß sie einander zusetzen wurden, und als der Frühling auf dem Föhn über den See geritten kam, die Berge schleunig bunte Tücher umlegten und aus starrer Ferne in vertrauliche, greifbare Nähe rückten, als der Himmel den gewaltigsten Hochzeitsdom über See und Gebirge wühlte und mit den tollsten Schalten und Lichtfledern herumfeuerwerkte, als die Wärme kam, die erste, rechte, begnadete Sommerwärme und Vertrauen, nageleues Weltvertrauen verschenkte, ei, da standen Toineite und Kilian, Kilian und Toineite manchmal vertraut nebeneinander, redeten nichts, schauten nach den weißen Wellenkämmchen, und wenn sie schließlich erwachten, sahen sie einander an und lächelten. Und manchmal streiften sie sich dann mit den Armen und Händen und lächelten wieder.

Und einmal, so um den ersten des Maien herum, begab es sich, daß Frau Faure abends einen allzu schweren Marktkorb nach Hause zu tragen hatte. Wenigstens schloß sie, da sie ihn aufhob: „Oh, mein Gott, welch ein Gewicht!“

Kilian wog ihn mit der Hand und sagte: „Madame, das geht unter keinen Umständen, ich muß Ihnen den Korb tragen.“

Es gefiel ihnen, eine kleine hübsche Szene zu machen, des

Inhalts, wer den Korb tragen sollte. Selbstverständlich trug er ihn, trug ihm bis in die Küche, allwo sie ihm zum Danke für seine Freundlichkeit aus dem Küchenschrank einen Rest von einem Huhn und ein Glas Rotwein aufstellte. Er fand des Lobes kein Ende, herrlich sei das Huhn, köstlich der Wein, bezeichnend die Sauberkeit und die Bläute ihrer Küche.

„D.“ sagte sie, „wollen Sie einmal die Wohnung sehen?“ und ging ihm voran in die Stube. „Oh“, erchrte sie, „nun sind die Vorhänge heruntergelassen. Kommen Sie! Geben Sie mir die Hand. Oder fürchten Sie sich im Dunkeln?“

Er hielt die Hand fest und flüsterte zitternd und innig: „Toineite.“

Sie antwortete mit der gleichen jungen Schnulche: „Bill.“ Und dann küßte sie sich im Dunkeln zart und schwärmerisch. Aber dann erwachte allmählich die Leidenschaft und die Wildheit des Blutes, und es kam zu einer sinnlichen Raserei. Seither hatte Madame Faure oft Marktkörbe nach Hause zu tragen.

Danbar und mit steigender Lust genoß Kilian die Befriedigung seines starken Geschlechtstriebes, unter dem er in den letzten Jahren manchmal unfähig gelitten hatte. Daß es im Ehebruch geschah, quälte ihn im Anfang manchmal, und mehr als einmal war er drauf und dran, Mère Juliette alles zu gestehen und zu tun, was sie ihm raten würde. Aber er wahrte das Geheimnis, und zudem wurden die Gewissensbisse immer seltener und schmerzloser.

Daneben wußte Kilian auch zu schätzen, daß Madame Faures Speiseshrank unerschöpflich schien und immer ledere „Reste“ für ihn aufbewahrte. Dieser Umstand war für Kilian deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil er sonstigen nichts verdiente. Der Lohn bei Favres war äußerst gering, und was er mit Stricken erwarb, zwang er — freilich mit einiger schmerzhafter Selbstüberwindung — der Mère Juliette in die Hand, die es übrigens, wie er wohl wußte, zehntausendmal um ihn verdiente. So war denn ein Zufall, wenigstens ein „Ware“, doppelt willkommen, zumal ihm auf seine verschiedenen Reklamationen vom Berner Gericht mitgeteilt wurde, daß ihm von seinen sechshundert und einigen Franken noch ganze fünfundsiebzig verblieben, sofern der Adokat mit dem Entscheid des Gerichtspräsidenten einverstanden sei; andererseits habe Kilian noch fünfundsiebzig Franken einzulenden, wobei ihm jedoch die Möglichkeit offen bleibe, den Rechtsweg zu beschreiten und die Forderung seines Verteidigers anzufechten. Kilian hatte sich über dieser Mitteilung die Haare ausstreifen wollen. Verzweifelt war er zu Mère Juliette gelaufen. Aber

die hatte ihm gesagt: „Reden Sie mir nie von der Justiz. Man wird krank, wenn man anfängt, darüber nachzudenken.“

Derart war Kilians Vermögen bis auf wenige hundert Franken zusammengeschozzen. Und dabei brodelte es im Grunde seines Herzens: Vorwärts! Nach, daß du zu etwas kommst! Du mußt etwas leisten!

Und ob Kilian auch glücklich war, wenn er bei der Mère Juliette vom Tisch der menschlichen Erkenntnis schmausete, und mit Madame Faure die Stunden einer beglückenden Sinnlichkeit austostete, so ging es ihm doch wie dem Sperling im Kirschbaum: er kostet hier einen Biß und dort einen Biß, vergeht fast vor Wonne, aber über all dem denkt er doch an seine Zukunft, und daß es keine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß das Geschlecht der Spaten vor der Ewigkeit bestleckt kann. Also ward auch Kilian in diesem schönsten Frühling und Sommer seines Lebens sich bewußt: „Herrgott, jetzt muß etwas geschehen! Etwas muß geschehen!“ Er wußte aber nicht was.

Da begab es sich, daß Kilian eines Tages eine Gesellschaft von drei Herren und einer Dame im Motorboot auf dem See herumzufahren hatte. Eine kleine Rundfahrt ohne bestimmtes Ziel. Die vier Menschen kamen sehr schnell in ein eifriges Gespräch, von dem Kilian, der am Motor saß, gegenwärtig so viel vernahm, daß er den Hauptgedankengang zu fassen vermochte.

Es war die Rede von der neuen, der kommenden Gesellschaftsordnung. In dieser Zukunft würde das Kapital ganz unbekannt sein. Ebenso und selbstverständlich wäre jede Politik ausgeschlossen, weil genau so überflüssig. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen wären dank der verbesserten Maschinen, dank einer Menge neuer Erfindungen derart befriedigt, daß es niemand einfiel, sich um Besitz zu kümmern oder gar zu streiten, so wenig man sich heutzutage um Luft oder Wasser streitet, ganz einfach, weil für jedermann genug da ist. Ebenso war die Ehe, eine — nach Ansicht der vier Personen — durchaus kapitalistische Einrichtung, verschwunden, und ein ungeheurer Mensch, als größter Schatz der neuen Menschheit, sofort Allgemeingut, als eine neue Möglichkeit, Geist, das endlich und schließlich einig Wertvolle, zu erzeugen. Die Liebe aber zwischen den Geschlechtern trat an Stelle der heutigen heiligen Kapital, und mit ihr würde die einfache Menschenliebe immer neue Talen erzeugen, Heilung der Menschheit von allen körperlichen Leiden, neue Entdeckungen und Erkenntnisse, Heberwindung von Zufälligkeiten und Naturgesetzen, wie Tod und Weltuntergang.

(Fortsetzung folgt.)

orden. Über 990 deutsche Städte und Dörfer werden durch diese Bäckerei mit Backstoff versorgt. Vielen Kriegsblinden ist es durch die Bäckerei der Bäckerei möglich gewesen, sich eine neue Existenz zu gründen oder das unterbrochene Studium zu vollenden. Nach Griechenland, Skandinavien, nach Italien, Russland und anderen Ländern, kurz, über ganz Europa versendet sie ihre Bäckerei.

Bedenklich ist es, daß diese Bäckerei, die als kulturelles Werk von größter sozialer Bedeutung für das gesamte Blindenwesen anerkannt werden muß, von einem privaten Wohltätigkeitsverein abhängig ist. Eine Folge dieses Zustandes ist, daß für den Monat September für das besonders geschulte Personal keine Mittel für Gehälter vorhanden sind. Unaussehbar, dringende Hilfe von Seiten des Reiches ist unbedingt erforderlich, um die bevorstehende Katastrophe zu verhüten. Die Arbeitsgemeinschaft der im Zentralverband der Arbeitslosen organisierten Blinden fordert deshalb: 1. Uebnahme der „Deutschen Zentralbäckerei für Blinde“ zu Leipzig durch das Reich. 2. Gewährleistung von jährlich 10 000 Goldmark zu ihrer Sicherstellung. 3. Beschäftigung durch eine Sachverständigenkommission des Reiches.

Hoffentlich ist es dem Reich trotz seiner eigenen großen Not möglich, dem bedrängten Institut zu Hilfe zu kommen.

Erneute Kartoffelnot in Berlin.

Nachdem die Zufuhr an Frühkartoffeln, unterstützt durch Lieferungen aus dem Ausland, einige Wochen lang in befriedigender Weise erfolgte, herrscht jetzt erneut eine sehr fühlbare Knappheit an Kartoffeln in Berlin. Der Großhandel beklagt zwar noch einige Vorräte, doch werden die vorhandenen Kartoffelmengen bereits gestreift, da in den letzten Tagen nennenswerte Kartoffellieferungen für Berlin nicht zu verzeichnen waren. Die neue Knappheit hat selbstverständlich wieder eine sehr erhebliche Preissteigerung zur Folge gehabt und am gestrigen Tage wurde an vielen Stellen für Inlandkartoffeln bereits 60 000 M. verlangt und gezahlt. — Von unterrichteter Seite wird die neue Knappheit an Frühkartoffeln angeblich damit begründet, daß die Landwirtschaft noch immer mit der Körnerernte, besonders mit dem Einbringen der Gerste und des Hafers beschäftigt sei und daß man aus diesem Grunde an den Versand von Kartoffeln nicht denken konnte.

Es ist also wieder das alte Spiel in neuer Auflage. Die Waffe der Landwirte steht — von wenigen anerkanntwertigen Ausnahmen abgesehen — der Stadt völlig gleichgültig gegenüber. Mit dem Augenblick der erneuten Abwärtsbewegung der Markt hörten auch die Kartoffelzufuhren auf und jetzt warten die Enden auf die weitere Entwicklung der Dinge. Und wir darauf, daß schleunigst einer kommt und ihnen zeigt, was eine Karte ist.

Die ausgestellten Giftpilze.

Im Vorräum des städtischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes am Mühlendamm sind seit Sonnabend eine große Anzahl von Rotenregemularen des überaus giftigen Knollenblätterpilzes, der in der vorigen Woche einem Hund Menschen den Tod brachte, ausgestellt. Leider konnten nicht gleichzeitig auch die eßbaren Grünlinge ausgestellt werden, weil diese erst im September wachsen. Der Name „Wiesengrünling“ für den Knollenblätterpilz ist ganz falsch, wie man sieht. Alle ausgestellten Knollenpilze sind überhaupt nicht grün, zeigen auf dem Hut hellbraune Färbung, darunter weiße Lamellen, einen weißen Stiel und am Ende derselben eine Verdickung, die dreimal so stark ist als der Stiel. Nur selten sind diese Giftpilze leicht grün gefärbt, haben aber dann ebenfalls die kartoffelartige Knolle. Dem eßbaren Grünling, der tatsächlich grün ist, fehlt diese Knolle. Wer also nur einmal den giftigen Knollenpilz gesehen hat, kann ihn mit dem Grünling nicht verwechseln.

Ein Pfund Zucker etwa 800 000 M.

Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs teilt mit: Der Herr Oberpräsident hat den Zuckerpreis für die Abgabe von dem Großhandel an den Kleinhandel in Groß-Berlin und Brandenburg für die laufende Woche auf 126 750 000 M. je Doppelzentner Basis Weiss frei Haus Berlin bzw. frei Haus des Einzelhändlers am Bahnhof des Großhändlers festgesetzt. Unter Jururdeutung der Verdienstsprache für den Kleinhandel dürfte der Ladenpreis je nach der Qualität 773 000 bis 790 000 Mark für ein Pfund Zucker betragen.

Immer neue Kohlenpreise. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Infolge der ab 3. September eingetretenen Erhöhung der Produktionspreise ist eine entsprechende Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Die Preise stellen sich für Briketts mit Wirtung vom 4. September, für Koks mit Wirtung vom 5. September ab wie folgt: Koken- und Dfenbrandbriketts je Zentner ab Lager 388 5000 Mark, frei Keller 4 063 000 Mark, Koks ab Lager 969 3000 Mark, frei Keller 988 000 Mark.

Schüleraufnahmen in zwei Aufbauschulen.

Die Aufbauschulen des Köllnischen Gymnasiums und Realgymnasiums und der Koempf-Schule (Handelsschule) nehmen zu Michaelis dieses Jahres noch Schüler auf. Das Gymnasium führt in 8 Jahren zur Universitäts- und den Hochschul-, die Koempf-Schule in 8 Jahren zur Obersekunda jeder Oberrealschule. Welten Kreise der Bevölkerung ist es noch immer nicht bekannt, daß Berlin seit 1917 zwei Aufbauschulen mit besonderem sozialen Charakter besitzt, die nach eigenem Verplan in verkürzter Zeit zur Reife bzw. zur Obersekunda führen. Außerdem herrscht vielfach die Meinung, daß zu Michaels Aufnahme überhaupt nicht mehr stattfinden. Auf Antrag werden nach den Bestimmungen des Reglements Freischule, freie Lernmittel und Erziehungsbeihilfe gewährt. Die Meldungen zur Aufnahmeprüfung sind in der Regel durch den Schulleiter an den Bezirksauschuss 1 bis 6 (Berlin) zu richten. In besonderen Fällen nimmt auch der Direktor des Köllnischen Gymnasiums und der Koempf-Schule (S. 14, Inselstraße 2—5, Sprechstunde: Montag, Mittwoch, Donnerstag 11—12 Uhr) Meldungen direkt entgegen.

Bücherdiebstähle in der Universität.

Eine große Anzahl wertvoller Bücher sind aus dem Zimmer 244 des Hauptgebäudes der Universität verschwunden. Es ist das ein Befund, der auch während der Ferien Studenten und anderen Besuchern zugänglich ist. Die gestohlenen Bücher betreffen hauptsächlich alt- und neutestamentarische Forschungen, Werke von Harnack und anderen großen Gelehrten deutscher Universitäten. Es ist möglich, daß die Werke zum Teil auch ohne Diebstahlsabsicht unberechtigt mitgenommen worden sind. Es gibt besonders auch Ausländer, die sich an die Vorschriften der Universität gar nicht halten und die entliehenen oder heimlich mitgenommenen Bücher lehrlich behandeln. Es sei darauf hingewiesen, daß alle Bücher der Universität deren Kunststempel tragen, oft an mehreren Stellen. Wer von dem Aufsuchen solcher Bücher im Handel oder sonstwie etwas merkt, wird ersucht, Kriminalkommissar Rißke beim Polizeiamt Mitte Nachricht zu geben.

Ein gefährlicher Fahrradrunder.

Ein Schwindler, der es auf Arbeitslose abgesehen hat, treibt seit einiger Zeit sein Unwesen. Er macht sich auf dem Arbeitsnachweis an Leute heran, die ein Fahrrad besitzen, spießt ihnen vor, daß er ihnen Beschäftigung verschaffen könne, besucht mit ihnen irgendein großes Grundstück, läßt dort das Rad unterstellen und den Arbeiter auf dem Hof warten, tut so, als ob er den Arbeitgeber suche und holt in Wirklichkeit heimlich das Rad von der

Bewahrungsstelle ab und verschwindet damit. Der Gauner ist etwa 32 Jahre alt und 1,65 Meter groß und trägt einen modernen hellen Anzug und gelbe Schnürschuhe.

Bei der „Arbeit“ gestört.

Ein Dreizehnjähriger als Diebshelfer.

Unter Mitwirkung eines 13jährigen Knaben „arbeiten“ Einbrecher, die in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Grüner Weg 67 auf frischer Tat selbigen wurden. Ein 23 Jahre alter Schlosser Hermann Krosinski und ein ebenso alter Chauffeur Bruno Hartmann aus der Warschauer Str. verschnitten auf dem Hofe die Lausse des Schuhworengeschäftes von Krosinski, drückten eine kleine Scheibe ein und stiegen durch das enge Loch den 13 Jahre alten Bruder des Krosinski, einen schwächlichen Jungen, in die Räume hinein. Dieser hatte ihnen bereits 100 Paar Schuhe herausgereicht, die zum Teil schon zu einer Frau Hartmann in der Koppensstraße 69 gebracht worden waren, als eine Streife der Schuppolizei die Gesellschaft bei der „Arbeit“ überraschte und festnahm. Es kostete einige Mühe, den kleinen Krosinski durch das enge Loch wieder herauszukriegen. Die bereits abgetragene Ware wurde in der Koppensstraße gefunden und beschlagnahmt. — In der Kurfürstenstraße 19 stellten un-

Achtung! Genossinnen Achtung!

Konferenz aller Funktionärinnen

Mittwoch, den 5. September, abends pünktlich 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Tr. Tagesordnung:

Die Winterarbeit. Referent: Gen. Minna Codenhagen
Ausprache. — Rote Funktionärliste und Mitalliedbuch legitimieren. (Zürkontrolle 5. und 6. Kreis.)

kannte Einbrecher auf dem Hofe eine Anzahl Rissen, die dort lagerten, so aufeinander, daß sie von ihnen aus in die Druckerei von Dreger im ersten Stock durch ein Fenster einsteigen konnten. Sie stahlen 15 Treibriemen und mehrere Schreibmaschinen im Gesamtwerte von mehreren Millionen. Als Hausbewohner die Einbrecher wahrnahmen und Lärm schlugen, ergriffen sie die Flucht und entkamen. Eine Schreibmaschine mußten sie auf dem Hofe im Stich lassen. Alles andere aber nahmen sie mit. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes hat die Druckerei eine Belohnung von 50 Millionen ausgesetzt. Mittelkronen an Kriminalkommissar Ziegler im Zimmer 90a des Polizeipräsidiums.

Ein Pechvogel.

Als Opfer von Einbrechern ist der Effektenbuchhalter Walter Borch auf die schiefe Bahn geraten. Borch betrieb neben seiner Stellung ein Konfliktgeschäft, das aber bald nach der Eröffnung von Einbrechern nächtlicherweile heim gesucht und völlig ausgeplündert wurde. Dadurch geriet er in große Not, da seine Lieferanten Bezahlung der Ware verlangten. In seiner Notlage kam er auf den Gedanken, sich einen Teil wertvoller Aktien in seiner Stellung als Effektenbuchhalter anzueignen und damit zu spekulieren. Er nahm sechs Laurahütten- und 18 elektrische Licht- und Kraft-Aktien an sich und veräußerte sie. Aber auch bei diesem Unternehmen hatte Borch Pech, denn der Diebstahl wurde durch einen Zufall schnell entdeckt. Die Folge war eine Anklage wegen Unterschlagung und Borch erhielt vom Schöffengericht Berlin Mitte sechs Monate Gefängnis. In der Berufungsverhandlung vor der Senatskammer des Landgerichts I hat der Verteidiger um mildere Beurteilung der Handlungsweise des Angeklagten, der unerschuldet in Notlage geraten war und in dieser Lage der Verführung anheimgefallen sei. Der Angeklagte habe nicht die Absicht gehabt, die Wertpapiere zu stehlen, sondern habe nur damit spekulieren wollen. Mit dem erzielten Gewinn habe er Ersparnisse angeschlossen und diese heimlich in das Depot zurücklegen wollen. Das Gericht verwarf zwar die Berufung des Angeklagten, rechnete ihm aber 3/4 Monate auf die Unterbringungshof an und gab ihm für den Rest der Strafe dreijährige Bewährungsfrist, auch wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Von reichen Bauern und „gnädigen“ Herren.

Man schreibt uns:
In einer unserer letzten Volksversammlungen mußte ein bürgerlicher Demokrat recht erbauliche Dinge von einer Reize zu berichten, auf der er auch mit Bauern ins Gespräch gekommen war. Einer dieser Blederen erklärte, er habe soviel Geld, daß er nicht wisse, wohin damit. Er werde sich deshalb zunächst einmal seinen ganzen Hof asphaltieren lassen. Damit aber sei das Geld noch lange nicht alle, und so denke er ernstlich daran, im nächsten Jahr sein im übrigen noch ganz gutes Haus abreißen und neu aufbauen zu lassen. So üppig haben es also die agrarischen Herrschaften! Dem nacheinander Staat zeigen sie die tolle Schulter, und für das nacheinander Volk haben sie sogar noch Drohungen. Dafür ein anderer Fall, der in diesen Tagen bei Klein-Rachnow beobachtet wurde. Hinter der Hafeburg am Seeburg befindet sich ein Wald und an diesen stehen große Ländereien der Herren von Hafe. Als ein paar kümmerliche Frauen durch den Wald mit einem Saal, in den sie ein paar Ähren gelassen hatten, heimwärts zogen, wurden sie von einem wohlhabenden, überernährten Herrn im Jagdschloß angehalten und in der schärfsten Weise abgefaßt, weil der Herr annahm — was die Frauen bestreiten —, daß sie von dem ungelieblichen Getreidefeld Ähren gesammelt hätten. Der Herr, dem man es ansah, daß er seit Jahren keine Not gelitten, versetzte sich sogar zu der Drohung: wenn er die Frauen noch einmal abfaße, werde er sie durch den Landjäger der Bestrafung zuführen lassen.

Wenn doch der Staat endlich seine Nachmittel an der rechten Stelle brauche und Landjäger dort einlegen wolle, wo er die Ueberzeugung gewinnt daß ihm die Agrarier des Notwendige vorenthalten!

Die Vortragsreihe „Sexuelle Erkenntnis und Erziehung“, die der Junglergemeinschaft für Gegenwartspädagogik verboten, aber von der Junglergruppe des Bundes entschiedener Schulreformer trotzdem veranstaltet wurde, kann erst nach den Herbstferien im Institut für Sexualwissenschaft fortgesetzt werden. Das Kultusministerium hat trotz aller Proteste seit Mai 1923 sich zu dem vom Berliner Provinzialschulkollegium ergangenen Verbot noch nicht geäußert.

Elberstadt-Kursus. Am kommenden Winterhalbjahr wird in der 4. Bezirksschule für Mädchen, Berlin O 2, hinter der Garnisonstraße 2, ein Kursus für Elberstadt eröffnet. In den Kursen werden Teilnehmer halbtägig zugelassen. Der Unterricht findet Mittwoch und Freitag 5 bis 7 Uhr abends statt. Das Unterrichtsgebäude für den Dabikursus hat vier Unterrichtsstunden wöchentlich beträgt zurzeit 10 000 M. freibleibend. Anwesenheiten werden täglich von 9 bis 8 Uhr außer Sonnabends im Bureau der Schule entgegengenommen. Es wird hier darauf gelegt, daß die Anmeldungen für diesen Kursus bereits im September erfolgen müssen, damit der Kursus eingerichtet werden kann.

Der Berliner Anwaltverein hält am Donnerstag, den 6. Sept., abends 6 1/2 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Berlin, Sommerstraße 4a (gegenüber dem Reichstagsgebäude) eine Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: Der Zusammenbruch der Reichsregierung, Abnehmernahmen in letzter Stunde. Berichterstatter: Rechtsanwalt Hans Freil Abraham. Die Teilnahme von Gästen an der Versammlung ist durchaus erwünscht.

Jugendlichen der Erblindeten und Blindgeborenen der Bezirksstadt Friedrichshagen hat sich Heinrich Schinus zu bereit erklärt, einen Vortrags- und Vortragsabend am 12. September, abends 7 1/2 Uhr im Saalbau Friedrichshagen zu veranstalten, dessen Gesamtzweck diesen künftigen Reden ungefähr zugute kommt. Herr Oberbürgermeister Bötz hat das Protektorat des Abends übernommen.

Zwei Jugendveranstaltungen.

Zu einer Kundgebung gegen die Sedankelern der Deutsche nationalen, Hakenkreuzler und sonstigen Faschisten hatte der Berlin „Sozialistische Arbeiterjugend“ seine Mitglieder und Anhänger am Sonntag zusammengerufen. Die wertvollen Jugendlichen strömten in Scharen herbei und zeigten, daß sie bereit sind, die Republik gegen jeden Umsturz zu verteidigen. In dem großen Saal der Böhmer-Brauerei, Prenzlauer Berg, hingen rings an den Wänden rote Fahnen, während der Bühne ein Banner, das die Worte „Nie wieder Krieg!“ trug, in den Saal grüßte. Ein Männerchor der Partei leitete die Kundgebung durch Gesang Stimmungsvoll ein. Als Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künstler sein Referat begann, war jedes Bläthen innerhalb des großen Raumes von Jungen und Mädel besetzt. Ausgehend von dem Kriege 1870/71, behandelte der Redner den Zusammenbruch des letzten deutschen Kaiserreiches. Als die deutsche Wehrmacht bei Sedan der französischen den entscheidenden Schlag versetzte, war der Augenblick gekommen, in dem die Hohenzollern die Regierung in Deutschland übernahmen. Aber die unklare Politik des letzten Kaisers brachte Deutschland fast in der ganzen Welt in Verruf. Die Novembertage von 1918 offenbarten den Zusammenbruch der „von Gott begnadeten“ Monarchie. Zwar gefällte uns die heutige Republik auch nicht, doch ist sie der Kampfplatz, auf dem wir um die soziale Republik ringen werden. Die Vorkämpfer von 1918, die nur Trümmer hinterließen, sind jetzt am Werk, die Republik zu untergraben. Mit fragwürdigen Behauptungen machen sich diese Leute an, sich als Ankläger aufzuspielen. Sie rechnen dabei auf die Gedächtniswache der Menschen. Diesen Bestrebungen ein schroffes Halt entgegenzusetzen, ist eine Aufgabe der Arbeiterjugend. Was heute ist, begann in den Augusttagen des Jahres 1914, als Massen von Proletariern ins Blutbad geschickt wurden. Darum ist es Aufgabe der Jungen, gegen jeden neuen Krieg mit aller Kraft anzukämpfen. Die Zeit, wo im Durchschnitt stündlich 46 blühende Menschen dahingerafft wurden und Hunderte von Bewunderten in die Lazarette kamen, darf niemals wiederkehren. Halten wir uns vor Augen, daß die Hälfte aller Gefallenen junge Leute von 19 bis 24 Jahren waren. Erheben wir unsere Stimme gegen die Gewalt- und Kriegspolitik, gegen die Blut- und Eisendiktatoren, die bemüht sind, dem Geist von 1914 wieder zur Macht zu verhelfen. Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede sangen die Versammelten gemeinsam die „Internationale“. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die sozialistische Jugendbewegung erreichte die wichtige Kundgebung ihr Ende.

Märtischer Jungsozialistentag.

Am 1. und 2. September fanden sich in Fürstenwalde die Jungsozialisten der Mark Brandenburg zu ihrer diesjährigen Bezirkskonferenz zusammen. Etwa 250 Delegierte und Gäste aus allen Städten der Mark hatten sich gemeinsam mit den Fürstenwalder Parteigenossen in der Aula des Lehrerseminars zu einem Begrüßungsabend versammelt. Musik, Gesang und Rezitation rahmten das Referat des Genossen Kurt Wegner-Berlin über: „Erziehung zur Politik“ ein. Die Worte ist bis heute noch nicht politisch so erogen, daß sie die Nachmittage im Saale so benötigen kann, wie es notwendig wäre. Es gilt, die Waffe zur Politik reif zu machen. Die Demokratie erfordert leidenschaftliche Hingabe an den Staat. Dann zogen die Teilnehmer mit lobenden Fadeln zum Marktplatz, wo Genosse Bötsche nach einer zündenden Ansprache mit einem Hoch auf die Republik die Kundgebung schloß. Am Sonntagmorgen traten dann die Delegierten zusammen, um die reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zum 1. Punkt: „Deutsches Volk, deutsche Heimat, deutscher Staat“ sprach Genosse Dr. Selomon-Ludenwalde. Nach ausgedehnter Aussprache berichtete Genosse Kurt Wegner-Berlin über die Tagungen in Erlangen und Nürnberg. Schließlich berichtete Genosse Jastisch-Ludenwalde über die Tätigkeit im Bezirk. Mit einem Kampfsied wurde die Veranstaltung geschlossen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Donnerstag, den 6. September, nachmittags 5 Uhr, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, Sitzung des kleinen Ausschusses. Wichtige Tagesordnung! — fünf große Festonette im Winter 1923/24. Der Grundpreis pro Abonnement beträgt 5000 M. Zeichnungslisten liegen aus im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

100 000 Todesopfer allein in Tokio. — Die Giftaktion.

Die weiteren Meldungen über die Erdbebenkatastrophe, die Japan heimgesucht hat, enthüllen immer neue und schreckensvollere Bilder. Man muß dabei berücksichtigen, daß die japanischen Städte auch heute noch zum großen Teil aus leichtesten Holzhäusern mit Papierwänden bestehen und daß aus diesem Grunde ein Brand im Handumdrehen größte Ausdehnung gewinnen kann. Eine so beschaffene Stadt ist natürlich in wenigen Stunden niedergebrannt, dafür aber auch in kurzem wieder aufgebaut. Erdbeben sind in Japan nicht Seltenes — das letzte schwere Beben fand im Oktober 1891 statt — und die leichte Bauweise hat aus diesem Grunde ihre Berechtigung. Eine Katastrophe im Ausmaße der jetzigen hat allerdings das Land seit Jahrtausenden nicht erlebt und man in großen Städten, wie Tokio und Yokohama, in den letzten Jahren mehr und mehr zur Steinbauweise übergegangen ist, was sich in einem Lande, das Bodenerschütterungen so stark ausgeht, ist, bitter rächen mußte. — Nachsiehend die neuesten Meldungen:

Einer Londoner Meldung zufolge wird die Zahl der Opfer in Tokio allein auf weit über 100 000 geschätzt. Die Straßen sind mit Toten überfüllt. Das Flammenmeer breitet sich ungehindert aus, weil in der allgemeinen Kopflosigkeit kein Mensch an Löschens denkt. Das Feuer hat bereits einen großen Teil der Stadt zerstört; den Flammen sind u. a. zum Opfer gefallen das Arsenal, der kaiserliche Palast und der Hauptbahnhof. Während des Erdbebens wurden viele Eisenbahnzüge aus den Schienen geschleudert. In Yokohama brach das Feuer im Hafengebiet aus und zerstörte den größten Teil der Stadt. Bei dem ersten Erdstoß schon sanken im Hafen viele Schiffe. Bei den am Fuße des Fussaia liegenden kleinen Ortschaften ist die größte Anzahl vollkommen zerstört; auch hier sind Tausende von Menschenleben zu beklagen. Ein drahtloses Telegramm aus Funabashi berichtet von schrecklichen Szenen in dieser Stadt, wo die Hafengebäude und höfliche niederknarrten. Inzwischen hat schon eine Giftaktion eingeleitet. Von Osaka aus sind Schiffe mit Lebensmitteln usw. nach Tokio unterwegs, und die in Nagoya liegende Flottendivision schickte sich an, Flugzeuge mit Hilfsmaterial nach Tokio zu entsenden. Die Regierung hat außerdem durch einen drahtlosen Rundpruch die gesamte Kriegsmarine zur Hilfeleistung herbeigerufen. Die Insel Guostina, die auch als Sommeraufenthaltsort benutzt wird, steht vollkommen unter Wasser. — Der Vulkan auf der Insel Ostima stößt dauernd dunkle Rauchwolken aus.

Deutsches Nachrichtenamt aus Osaka berichtet weiter: Es wurden verschiedene Militärflieger abgeschickt, die den Aufbruch haben, sich einen Eindruck über die Lage in Yokohama und Tokio zu bilden. Einer der Fliegeroffiziere, der von einem Fluge zurückgekehrt ist, erklärt, es sei ihm unmöglich gewesen, genaue Beobachtungen anzustellen, weil er gezwungen war, infolge der ungeheuren Rauchwolken in die Städte eingeschloffen zu sein, in großer Höhe zu fliegen. Die Rauchwolken machen sich noch in größerer Höhe bemerkbar und hindern die Ausflucht. — Hinsichtlich der auswärtigen diplomatischen Vertreter, die sich zurzeit der Katastrophe jeweils in Tokio aufgehalten haben dürfen, liegen noch keinerlei Nachrichten vor. Die Bank von Yokohama und das Grandhotel sind eingestürzt.

